

Landesaktionsprogramm für ein schöneres Berlin

Wir sagen, was Sie denken ohne Kompromisse und fordern:

Dein Herz für Deutschland

**Herausgegeben vom
Landesverband Berlin der
Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD)**

Seelenbinderstraße 42

12555 Berlin

Berlin: NPD 2022

www.npd-berlin.de

V. i. S. d. P.: Stefan Lux, Seelenbinderstraße 42, 12555 Berlin

Inhaltsverzeichnis

1. Mehr Heimat – keine Migration	3
1.1. Das Fremdenproblem	3
1.2. Das Versagen der Europäischen Union.....	4
1.3. Die politische Klasse, die Lügenpresse und die Fremdenpolitik	5
1.4. Mit der NPD demokratischen Widerstand organisieren	6
1.5. Heimführung löst Probleme	6
2. Berlin braucht eine wahre alternative Politik	7
2.1. Was die rotrotgrüne politische Klasse nicht geregelt bekommt	7
2.2. Wider die ethische und moralische Verkommenheit.....	8
2.3. Grundrechte sind keine Privilegien	9
3. Ein Herz für ein alternatives und schöneres Berlin	10
3.1. Der Mensch steht im Mittelpunkt unserer Politik.....	10
3.2. Berlin als sozialer menschengerechter Lebensraum	11
3.3. Sicherheit ist Menschenschutz	12
4. Arbeitsplatz Berlin – Sozial geht nur national	12
4.1. Arbeitsplätze fördern – aber deutsch	13
4.2. Unternehmerverantwortung statt Profitgier	13
4.3. Wirtschaftslenkung statt Kapitalismus	15
4.4. Investitionspolitik statt Randgruppenprivilegierung	16
4.5. Mittelstands- und Geldpolitik statt Förderung des Großkapitals	17
4.6. Raumgebundenheit statt Umweltzerstörung.....	17
4.7. Vernunft statt Klimahysterie.....	18
5. Dein Herz für unsere Heimat Berlin	19
5.1. Deutsch von Ahrensfelde bis Zehlendorf und von Tegel bis Köpenick	19
5.2. Für eine menschengerechte Kulturpolitik.....	21
5.3. Stadt- und Raumplanung statt Minarette	22
5.4. Mietwucher beenden	23
5.5. Verkehr regeln statt lähmen – freie Fahrt für freie Bürger.....	24
5.6. Berlin und sein Brandenburger Umland vernünftig entwickeln	26
5.7. Für eine humane Geschichtsdarstellung	27
5.8. Umweltschutz ist Lebensschutz.....	29
5.9. Unsere Vision: Ein Bundesland Brandenburg-Preußen.....	30
6. Solidargemeinschaft für Berlin	31
6.1. Kinder sichern die Zukunft unseres Volkes.....	31
6.2. Solidarität ist keine Einbahnstraße	32
6.3. Bildung vom Kindergarten bis zur Hochschule	33
6.4. Heimführung statt Parallelgesellschaften.....	34
6.5. Altersvorsorge und Rentensicherung	35
6.6. Sicherheit durch Recht und Ordnung	35
6.7. Mehr demokratische Mitwirkungsmöglichkeiten für Bürger.....	36
6.8. Soziale Gerechtigkeit schaffen	36
7. Schlußbetrachtungen – Berlin schafft sich nicht ab	37

1. Mehr Heimat – keine Migration

1.1. Das Fremdenproblem

In Berlin, wie in der gesamten Bundesrepublik Deutschland, drängen seit 2015 Massen von Fremden ein. Auf Grund ihrer persönlichen Wahrnehmung verglichen viele Deutsche die Fremdenmassen mit einer Springflut oder sogar einer Sintflut.

Die politische Klasse und hier besonders die Rotrotgrünen*innen schwadronieren in der Lügenpresse nur Blödsinn und Greuelmärchen über die Fremden und ihre Heimatländer.

Besonders auffallend ist der sprachliche Veitstanz den die politische Klasse aufführt, wenn sie über die Fremden schwadronieren. Wurden die Fremden zuerst als Asylbewerber tituliert, waren sie anschließend auf einmal Flüchtlinge. Weil das nicht genderngemäß war, wurden die Fremden in Geflüchtete umetikettiert und schließlich wegen ihrer hohen Verseuchung während des Coronairrsinns entdeckte die politische Klasse, daß es sich womöglich um Menschen mit Kommunikationsbarriere handeln könnte.

Kein Wort äußerte die politische Klasse über Risiken und Nebenwirkungen der Fremdenmassen. Ebenso kein Wort über die Probleme, wie die Verschärfung der sozialen Lage, kulturbeeinflusste Formen der Kriminalität und Terrorismusgefahren.

Die Fremden kommen überwiegend aus Südosteuropa, Afrika und Asien. Diese Herkunftsgebiete sind an und für sich unproblematisch, wenn hochqualifizierte Fachkräfte aus Bereichen wie Biochemie, angewandte Physik, Verbundwerkstoffe, Metallbearbeitung oder medizinische Pflege kämen. Aber solche Fachkräfte kommen nicht!

Statt Fachkräften kommen marginal qualifizierte und auch vollkommen ungeeignete Fremde deren Eindringen in Deutschland aus einer Vielzahl von Gründen problematisch ist. Zwei Problembereiche müssen besonders schwerwiegend eingestuft werden:

Erstens ist das oftmals illegale Eindringen jeder demokratischen Mitbestimmung und Kontrolle entzogen. Das bedeutet, daß die politische Klasse uns vorsätzlich einen Demokratiedefekt aufzwingt.

Zweitens ist besonders bedrohlich, daß viele Fremde dem sunnitischen Islamismus verhaftet sind. Die sunnitische Form des Islam ist sehr geeignet für extremistische Verzerrungen und Verdrehungen.

Dieser Umstand wird von geldgierigen Haßpredigern genutzt, den sunnitischen Islamismus und Terrorismus zu begründen, aufzublähen, zu steuern und hysterisch schwadronierend zu rechtfertigen.

Durch das Konstrukt des sunnitischen Islamismus wird die prekäre Lage der Betroffenen verschärft, denn mit dieser Form des Islamismus lassen sich mühelos anti-soziale Clanstrukturen, extreme soziale Asymmetrie und barbarische vorislamische Traditionen, wie die grausame ideologiegeleitete Tötung von Tieren, die Verstümmelung von Geschlechtsteilen und Ritualmorde an Frauen rechtfertigen.

Diese Tatsachen allein sind schon Grund genug zu wissen, daß die betroffenen Fremden oftmals weder integrationsfähig, noch integrationswillig sind, sondern jede Integration, auf Deutsch Erneuerung, verweigern.

Die Rückwärtsgewandtheit des sunnitischen Islam, bekannt geworden unter der Bezeichnung Salafismus, wird nicht selten von Haßpredigern genutzt psychotische Ängste vor sogenannten Neuerungen zu erzeugen und anschließend aufzublähen. Die Ängste vor Neuerungen sind in vielen Fällen der betroffenen sunnitischen Fremden die Hauptursache für ihre Bildungsferne oder sogar für ihre ausgeprägte Bildungsfeindlichkeit.

Eine unbestimmte Zahl der Fremden besitzt keinerlei abendländisches Ehrgefühl. Die von der politischen Klasse uns Deutschen abgepreßten Steuergelder und Sozialabgaben werden in erheblicher Höhe als Transferleistungen zur Alimentierung der Fremden verwandt. Die Fremden werten die Gelder als Tributleistungen, arabisch Dschizya, auf die sie nach der sunnitischen Ideologie einen Anspruch hätten.

Der sunnitische Islamismus ist nicht nur in vielen Fällen die Ursache für das sozial auffällige Verhalten der Fremden, sondern der sunnitische Islamismus ist verantwortlich für die unnötige Migration der Fremden.

Denn der sunnitische Islamismus wird in vielen Fällen als ideologischer Boden für die Bürgerkriege in den Herkunftsländern benutzt. Diese Bürgerkriege sind die Ursache der Zerstörungen und von Maßnahmen zur Beendigung der Bürgerkriege. Die Zerstörungen und die strafrechtliche Verfolgung der islamistischen Terroristen werden als Fluchtgrund genannt und von der politischen Klasse anerkannt.

Das von sunnitischen Haßpredigern oftmals mit ihrer Ideologie gerechtfertigte Gewaltverbrechen vieler Fremder, ist in vielen Einzelfällen ein Teil der persönlichen Identität der betroffenen Fremden. Durch die Tiraden der Haßprediger und von ihnen verschlagen genutzte vorislamische barbarische Traditionen haben viele Fremde ein antieuropäisches Verständnis von Verbrechen, das mit dem im christlich-germanischen Abendland existierenden Verbrechensbegriff unvereinbar ist.

Zur Lösung der Probleme – unsere Vorschläge auf streng rechtsstaatlicher und demokratischer Grundlage lauten:

1. Grenzen schließen und scharf bewachen!
2. Einführung eines Einreisescheines, ohne Schein keine Einreise!
3. Fremde, die ihre Identität verschleiern, dürfen nicht einreisen!
4. Islamistische Haßprediger unbürokratisch und schnell ausweisen!
5. Islamistische Verbrecher aller Art unbürokratisch und schnell ausweisen!

1.2. Das Versagen der Europäischen Union

In Berlin, in Deutschland und in Europa dringen nach wie vor Massen von Fremden ein. Viele Menschen sind deswegen sehr besorgt und fragen sich zu Recht, wie schrecklich, wie grauenvoll wird die verantwortungslose Fremdenpolitik der politischen Klasse enden?

Die Europäische Union (EU) versagt bislang vollständig beim Thema Fremdenpolitik. Die Bundesrepublik Deutschland ist der größte Nettozahler des verkommenen und verwesenden Molochs EU. Die EU beweist Tag für Tag, daß sie unfähig ist die Außengrenzen gegen illegales Eindringen von Fremden wirksam zu schützen.

Die Unfähigkeit der EU hat, die von der NPD immer betonte, Sinnlosigkeit der EU wiederum bewiesen und vielen Menschen gezeigt, daß die EU nicht nur überflüssig ist, sondern in hohem Maße für die Menschen schädlich ist.

Zur Lösung der Probleme – unsere Vorschläge auf streng rechtsstaatlicher und demokratischer Grundlage lauten:

1. Ein vernünftiger Senat muß im Bundesrat das Versagen der EU ständig thematisieren!
2. Bundesratsinitiativen anregen zur Reform der EU an Haupt und Gliedern!
3. Jede Fehlentscheidung und Untätigkeit der EU öffentlich anprangern!
4. Aussetzung von Zahlungen an die EU thematisieren!
5. Bei Reformunfähigkeit Austritt aus der EU anregen!

1.3. Die politische Klasse, die Lügenpresse und die Fremdenpolitik

In der Lügenpresse werden die Tatsachen über die Lage der Fremdenpolitik verzerrt, entstellt, verdreht oder verharmlost. Statt die Folgen des Eindringens der Fremdenmassen offenzulegen, werden wir von einer irren Propagandaflut regelrecht heimgesucht.

Wer öffentlich eine ergebnisoffene Debatte über das Thema Fremdenpolitik verlangt, wer sachlich kritisiert und mahnt, der wird von der politischen Klasse diffamiert, diskriminiert, beleidigt und ausgegrenzt.

Die Fremdenpolitik ist ein Tabuthema, das nur als Ritual mit klaren Rollenvorgaben öffentlich aufgeführt werden darf. Die Fremdenpolitik unterliegt angeblich einem kollektivistischen Zwang in Form einer abschüssigen Einbahnstraße nach Deutschland. Alternativen dürfen nicht erörtert werden.

Eine Individualisierung und Demokratisierung der Fremdenpolitik wird durch eine ungeheure Flut von Vorschriften sabotiert. Die betroffenen Deutschen sollen nicht mitbestimmen und über jeden konkreten Einzelfall nach gründlicher Prüfung demokratisch entscheiden dürfen.

Statt beherzt und mutig das Problem zu lösen und die Fremden mit Hilfe der geltenden Rechtsvorschriften schnell und unbürokratisch heimzuführen, wird das Fremdenproblem öffentlich verharmlost, geleugnet oder propagandistisch verzerrt. Die Fremden nehmen dies als Ignoranz und Arroganz wahr, die ihre antideutschen rassistischen Aggressionen anstachelt.

Wir Deutschen, die noch Deutsche sein wollen, sind entsetzt über das Verhalten der politischen Klasse und ihrer Lügenpresse. Angesichts der Massen von Fremden haben wir eine riesige Masse von Fragen an die politische Klasse.

Zur Lösung der Probleme – unsere Vorschläge auf streng rechtsstaatlicher und demokratischer Grundlage lauten:

1. Fremdenpolitik demokratisieren!
2. Fremdenpolitik öffentlich ergebnisoffen debattieren!
3. Fremdentümelei öffentlich kritisieren!
4. Fremde über Heimwanderungsmöglichkeiten aufklären!
5. Heimwanderung durch Schaffung von Perspektiven tatkräftig fördern!

1.4. Mit der NPD demokratischen Widerstand organisieren

Demokratische Systeme sind gekennzeichnet von öffentlichen Debatten über alle politisch und gesellschaftlich wichtigen Themen. Diese Debatten dienen der Meinungsbildung und bereiten Wahlen und Abstimmungen vor. Je mehr wichtige Themen tabuisiert werden, je mehr Schweigen erzwungen wird, je mehr desinformiert wird, desto geringer der Grad der Demokratie. Das Thema Fremde und die mit ihnen zusammenhängenden Probleme wird in Deutschland systematisch tabuisiert und es wird darüber nur desinformiert.

Wenn die Machthaber tabuisieren, schweigen und desinformieren, benötigt das Volk eine mutige Opposition in den Parlamenten, die das Schweigen bricht, die Hintergründe untersucht und die Menschen öffentlich informiert.

Wir Nationaldemokraten nehmen kein Blatt vor den Mund. Wir sagen was sie denken und werden dem Senat im Abgeordnetenhaus und den Bezirksämtern in den Bezirksverordnetenversammlungen zur Fremdenpolitik und ihren Folgen unangenehme Fragen stellen. Die politische Klasse reagierte darauf immer mit Unsicherheit, ausweichenden und ungenügenden Antworten sowie irrationalen Aggressionen. Aber auch die vielen ungenügenden Antworten der politischen Klasse können nicht verhindern, daß sich allen denkenden Menschen ein verheerendes Gesamtbild der Fremdenpolitik und ihrer Folgen bietet.

Wir Nationaldemokraten fordern Demokratie ein und organisieren demokratischen Widerstand gegen die Fremdenpolitik.

Zur Lösung der Probleme – unsere Vorschläge auf streng rechtsstaatlicher und demokratischer Grundlage lauten:

1. Tabu Fremdenpolitik durch breite gesellschaftliche Debatte brechen!
2. Antisoziale Interessenten der Fremdenpolitik wie die Asyllobby transparent machen!
3. Kosten der Migration privatisieren!
4. Rechtsvorschriften über das Verbot des Menschenhandels ausdehnen und kreativ anwenden!
5. Fremdenpropaganda öffentlich demaskieren!

1.5. Heimführung löst Probleme

Im Gegensatz zur Propaganda der Lügenpresse und der phrasendreschenden politischen Klasse kommen da zu oft keine angeblich so dringend benötigten Fachkräfte. Stattdessen kommen Fremde, die uns Deutschen auf der Tasche liegen. Die immensen Kosten werden im Haushalt des Senates und in den Haushalten der Bezirke über zahlreiche Stellen verstreut und so undurchsichtig und schwer nachvollziehbar. Die Menschen sollen nicht erfahren, wie hoch die Kosten der Fremdenpolitik tatsächlich sind. Die ungenügende Finanztransparenz ist nur ein Gesichtspunkt der undemokratischen und unverantwortlichen Fremdenpolitik der verantwortungslosen politischen Klasse.

Die NPD dagegen hat verantwortungsvolle erfahrene Politiker in der Kommunal- und Landespolitik. Wir haben uns schon immer mit den antideutschen Blockparteien der politischen Klasse auseinandergesetzt und denen gezeigt, daß die Deutschen über eine nationale Stimme verfügen, die eine deutliche Sprache spricht. Die NPD ist die

einzig wirkliche nationale und soziale Oppositionspartei, die für Berlin einen deutschen Weg gehen will und keine Scheinalternative.

Um den Etablierten auf die Finger schauen zu können, um unangenehme Fragen stellen zu können, um die Menschen über undemokratische und verantwortungslose Machenschaften der politischen Klasse informieren zu können, brauchen wir die Stimmen der Bürger, die Berlin nicht den Fremden überlassen wollen. Lesen Sie daher unser Landesaktionsprogramm für ein schöneres Berlin und Sie werden schnell erkennen, daß wir in der Tat nicht nur Politik anders gestalten wollen, sondern besser!

Zur Lösung der Probleme – unsere Vorschläge auf streng rechtsstaatlicher und demokratischer Grundlage lauten:

1. Kein fremdenpolitischer Kollektivismus!
2. Demokratische Einzelfallentscheidungen über jeden Fremden!
3. Fremdenquote einführen mit einem Verhältnis von höchstens 2,5% Fremde bezogen auf die ethnischen Deutschen!
4. Fremde angemessen an ihren Migrationskosten durch Leistungen beteiligen!
5. Probleme lösen durch schnelle und unbürokratische Heimführung!

2. Berlin braucht eine wahre alternative Politik

2.1. Was die rotrotgrüne politische Klasse nicht geregelt bekommt

Berlin steckt in einer tiefen Krise. Verschuldung, Arbeitslosigkeit, Verkehrschaos, Industrieflucht, soziale Entwurzelung, Überfremdung, Kriminalität, Bildungsnotstand, rituelle Tierquälerei und Mietwucher sind nur einige der Probleme, welche die Lage der Menschen in Berlin kennzeichnen. Der rotrotgrüne Senat hat es in den vergangenen Jahren nicht vermocht, aus der hochsubventionierten Stadt ein eigenständiges, funktionierendes Handlungsorgan zu entwickeln. Konfliktpotentiale wurden nicht entschärft und beseitigt, sondern angeheizt.

Die Fremdenpolitik in Berlin kann für uns Deutsche, aber auch für die Fremden, nur als verheerend bezeichnet werden. Identitätsverlust, Gewalt, Auseinanderbrechen der sozialen Netze, Rauschgiftsucht und die Suche nach Ersatzidentitäten sind selbstverständliche Folgen der menschenverachtenden Fremdenpolitik.

Erziehung, Betreuung und Bildung liegen am Boden, vom Kindergarten bis zur Hochschule kann keine zufriedenstellende Arbeit geleistet werden, weil Geld sinnlos für Feminismus, Genderismus, Homosexismus und Multikulturalismus verschleudert wird. Hintergrund dieser Ideologien ist das Dogma der Rotrotgrünen*innen das alle Menschen nur beliebig austauschbare seelenlose Objekte seien.

Die linksextremistischen Ideologen des Feminismus, Genderismus, Homosexismus und Multikulturalismus überschwemmen den Bildungsbereich ständig mit dogmatisch gerechtfertigten Absurditäten, die eine Welt schaffen sollen, die ohne Bezug zur menschlichen Wirklichkeit steht. In einem sich dynamisch steigernden Prozeß werden den Menschen immer mehr ideologische Absurditäten aufgezwungen.

Als Ergebnis der rotrotgrünen ideologischen Absurditäten zeigen sich immer deutlicher die Konturen einer inhumanen totalitären Multikultigesellschaft ab.

Zahlreiche produzierende Unternehmen verlassen Berlin oder melden Insolvenz an. Verlassen wird Berlin, weil anderweitig bessere Bedingungen zu finden sind. Insolvenz muß angemeldet werden, weil strategisch operierende Staaten in Folge politischer Entscheidungen Wirtschaftszweige manipulieren. Die gescheiterte Förder- und Ausbildungspolitik verschärft die Situation permanent.

Die Skandale der vergangenen Jahre haben das Vertrauen in die politische Klasse und ihre undemokratischen Blockparteien schwer erschüttert. Trotzdem zeichnet sich ab, daß der grüne Teil der politischen Klasse zugleich Hauptverursacher der meisten Probleme ist und daraus noch Profit schlagen wird.

Der Flughafen BER ist zum Sinnbild des politischen Versagens geworden. Die politische Klasse windet sich aus ihrer Verantwortung und verhindert eine kritische Aufarbeitung des Milliardendebakels.

Politikverdrossenheit breitet sich vermehrt aus, weil die zur politischen Kultur verfestigte Volksferne von der politischen Klasse Tag für Tag offen zur Schau getragen wird.

Zur Lösung der Probleme – unsere Vorschläge auf streng rechtsstaatlicher und demokratischer Grundlage lauten:

1. Vollständige Entideologisierung der Berliner Politik!
2. Die Sprache und Kultur in Berlin ideologisch entrümpeln!
3. Die Berliner Verwaltung von ideologischen Absurditäten befreien!
4. Probleme und ihre Verursacher ohne ideologische Scheuklappen benennen!
5. Feministischen Gendersprech ins Kabarett und in die Klamotte umsiedeln!

2.2. Wider die ethische und moralische Verkommenheit

Die oben beschriebenen Erscheinungen sind die unübersehbaren Symptome einer ethisch und moralisch verkommenen politischen Klasse.

Seit ihrer Gründung 1964 mahnt die NPD und fordert, daß Politik zuerst für die Erfüllung der Interessen der ethnischen Deutschen gemacht werden muß. Dieser harte Kern des politischen Wollens der NPD ist für uns unverhandelbar. Deswegen haßt uns die politische Klasse und versucht uns mit undemokratischen Tricks mundtot zu machen. Die Diffamierung, Diskriminierung und Ausgrenzung der NPD hat dazu geführt, daß die Politiker der etablierten Blockparteien in immer stärkerem Maß ethisch und moralisch verwahrlosen.

Dieses Aktionsprogramm für Berlin verdeutlicht, daß die Ursachen der ethischen und moralischen Verwahrlosung der politischen Klasse das deutsche Volk und unsere Heimatstadt nicht nur einfach gefährden, sondern das es nicht abwegig ist, daß die politische Klasse uns in einen Abgrund treibt, aus dessen Tiefen wir mit einer wirklichen politischen Alternative nur mit großen Anstrengungen wieder aufsteigen können.

Der Berliner NPD geht es um die geistige Überwindung der ethischen und moralischen Verwahrlosung in der Politik und wir machen materielle Vorschläge zur besseren Auswahl der Politiker. Antideutschtümelei, Fremdenhysterie und Ethnophobie sind die akuten linksextremistischen Defekte, die wir tagtäglich in der Lügenpresse ungeschminkt aufgetischt bekommen. Es existiert in Teilen der Mitte der Gesellschaft ein primitiver Linksextremismus, dessen Ursachen und Wirkungen nicht mehr kritisch

hinterfragt werden sollen. Er ist der Bodensatz, auf dem die ethische und moralische Verwahrlosung in der Lügenpresse und den rotrotgrünen Blockparteien gedeiht.

Die unmittelbare Folge der Verwahrlosung wiederum ist die fortschreitende Aufzwingung einer undemokratischen politischen Kultur und gezielte Ausbreitung totalitärer Gesellschaftsstrukturen, die alle kritischen deutschen Stimmen abwürgen will. Um hier gegenzusteuern, hilft nur eine Therapie: Die Wahl von Nationaldemokraten in das Abgeordnetenhaus und die Bezirksverordnetenversammlungen von Berlin. Denn die beste Form der Behandlung einer ungenügenden sowie undemokratischen politischen Kultur und totalitären Gesellschaftsstrukturen besteht in der Anwesenheit von Nationaldemokraten in den politischen Entscheidungsgremien, im Abgeordnetenhaus und in den Bezirksverordnetenversammlungen von Berlin. Mit Ihrer Stimme am 26. September 2021 können Sie entscheiden, ob die ethisch und moralisch Verwahrlosten unter sich bleiben oder von Ihnen mit Nationaldemokraten und ihrer neuen wirklich alternativen Politik konfrontiert werden!

Zur Lösung der Probleme – unsere Vorschläge auf streng rechtsstaatlicher und demokratischer Grundlage lauten:

1. Zur besseren Politikervorauswahl als Wahlentscheidungsunterstützungsmittel: Einführung eines Eignungstests für Bewerber zu öffentlichen Mandaten!
2. Einführung eines Kriterienkataloges zur Bewertung von politischen Entscheidungen!
3. Monatliche und jährliche öffentliche Festlegung der ethisch und moralisch am meisten verkommenen Politiker und politischen Parteien!
4. Einführung eines Kriterienkataloges für die Feststellung des Tatbestandes des Meineides im Amt!
5. Strafrechtliche Würdigung des Meineides im Amt von Amts wegen!

2.3. Grundrechte sind keine Privilegien

Die Grundrechte festgelegt im Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und in der Verfassung von Berlin sind keine Privilegien die den Menschen von der politischen Klasse bei Wohlgefallen gewährt werden.

Die unsinnigen und unwirksamen Maßnahmen der politischen Klasse zur Eindämmung der Coronagrippe, erzeugt von dem Virus SARS-CoV-2, seit dem 16. März 2020, unterstützen Hypothesen zur Aufklärung von antidemokratischen Mächtschaften der politischen Klasse.

Seit dem 16. März 2020 werden nicht nur die Grundrechte der Menschen unverhältnismäßig eingeschränkt, sondern die Menschen werden von den Rotrotgrünen*innen immer mehr drangsaliert und schikaniert. Der rotrotgrüne Senat spuckt mit hohem Tempo Verordnungen aus, die unablässig geändert und neu gefaßt werden. Das Ergebnis sind chaotische Zustände mit immer mehr sinnlosen und unwirksamen Schikanen.

Nicht wenige Kritiker erfassen das Chaos der Coronagrippe als Testlauf für totalitäre Staatsstrukturen zur Ergänzung der totalitären Gesellschaftsstrukturen.

Angesichts dieser Lage können Aussagen der politischen Klasse über die selektive Rückgabe von Grundrechten als Gewährung von Privilegien als entlarvend bewertet

werden. Solche Verlautbarungen erhärten Hypothesen über die Errichtung einer Diktatur der GRÜNEN*innen.

Die Diktaturhypothese wird angesichts weitreichender Einschränkungen für den privaten Waffenbesitz intensiv verdichtet.

Auch hochgradig extremistische Äußerungen aus dem Lager der GRÜNEN*innen zur Einschränkung der Freizügigkeit und die zeitweise oder grundsätzliche Verhängung von Kraftfahrzeugfahrverboten sind geeignet die Hypothese der Errichtung einer Diktatur der GRÜNEN*innen erheblich zu bestätigen.

Die Hypothese wird weiter verschärft durch die sich abzeichnende Möglichkeit, die Getestete und Geimpfte privilegieren soll und Menschen mit kritischer Distanz zu dem irrsinnigen Coronagrippentreiben diskriminieren soll.

Zur Lösung der Probleme – unsere Vorschläge auf streng rechtsstaatlicher und demokratischer Grundlage lauten:

1. Grundrechte sind keine Privilegien!
2. Keine Grundrechtsbeschränkungen für nicht Getestete und Geimpfte!
3. Abbau der totalitären Gesellschaftsstrukturen!
4. Rückbau sicherheitsferner digitaler Überwachungseinrichtungen!
5. Keine Kraftfahrzeugfahrverbote! - Freie Fahr für freie Bürger!

3. Ein Herz für ein alternatives und schöneres Berlin

Berlin ist keine beliebige Großstadt. Berlin ist auch nicht nur Hauptstadt eines Staates. Berlin ist das historisch gewachsene geistige und kulturelle Zentrum des deutschen Volkes. Berlin muß eine feste Grundlage haben. Weil dies in der Vergangenheit der Fall war, hat Berlin zahlreiche Krawalle, Krisen, Aufstände und Kriege sowie eine Teilung überstanden, ohne die Stadt zerstören zu können.

Berlin hat auch heute eine enorme Ausstrahlungskraft nicht nur auf Deutschland. Berlin ist Wegweiser, Vorreiter und Vorbild – im Guten wie im Schlechten.

Die NPD will Verantwortung in dieser Stadt übernehmen, um zu verhindern, daß Berlin zu einem beliebig austauschbaren Großstadtmoloch wird. Berlin soll deutschen Charakter, echte Eigenart und sein einmaliges Gesicht bewahren sowie Größe und Schönheit verbinden. Berlin soll Deutschland politisch, geistig, wirtschaftlich und kulturell führen. Es muß Vorbild sein. Dazu bedarf es einer Politik, die sich an den Menschen, an ihren Gegebenheiten und Bedürfnissen orientiert. Das preußische Staatsethos, erster Diener seines Staates sein zu wollen, muß sich wieder Bahn brechen und dem rotrotgrünen Nihilismus und der sittlichen und moralischen Verwahrlosung ein Ende bereiten.

3.1. Der Mensch steht im Mittelpunkt unserer Politik

Die politische Programmatik der NPD fußt auf dem Lebensrichtigen Menschenbild. Einfach ausgedrückt sollen nicht menschenfeindlich Dogmen, sondern alle wissenschaftlichen Erkenntnisse über den Menschen Entscheidungsgrundlage in der Politik sein. Von diesem strategischen, programmatischen und politischen Ziel der NPD sind wir zwar noch sehr weit entfernt. Aber auch sehr weite Wege sind kein Grund für Stillstand oder Rückwärtsgewandtheit.

Tatsächlich ist das politische Wollen der NPD geprägt von einem Leitbild für eine bessere Zukunft des Volkes in wahrer sozialer Gerechtigkeit, denn sozial geht nur national!

Auf dem Baustein des Lebensrichtigen Menschenbildes fußt die nationaldemokratische Dreieinigkeit: Nationale Identität – Nationale Souveränität – Nationale Solidarität.

Nationale Identität heißt, daß jedes Volk als Gemeinschaft und jeder Einzelmensch als Teil einer Gemeinschaft sein Eigenes, sein Ich, sein Selbst bewahren darf.

Nationale Souveränität heißt, daß jedes Volk als Gemeinschaft und jeder Einzelmensch als Teil einer Gemeinschaft seine Angelegenheiten frei ohne fremden Zwang regeln darf.

Nationale Solidarität heißt, daß das Volk als Gemeinschaft und der Einzelmensch als Teil der Gemeinschaft den Mitmenschen in der Gemeinschaft helfen und bei Not unterstützen.

Zur Lösung der Probleme – unsere Vorschläge auf streng rechtsstaatlicher und demokratischer Grundlage lauten:

1. Das Lebensrichtige Menschenbild ist in der Politik konsequent anzuwenden!
2. Eine vernünftige Nationale Identität schafft seelische Gesundheit!
3. Eine wirkliche Nationale Souveränität schafft Bestimmung und Ausbeutung durch Fremde ab und begründet wahre Demokratie!
4. Eine echte Nationale Solidarität schafft eine sozial gerechte Gesellschaft
5. Die Dreieinigkeit bilden die Bausteine einer sozialen und demokratischen Gemeinschaft!

3.2. Berlin als sozialer menschengerechter Lebensraum

Die Großstadt ist ein vom Menschen begründeter und weitgehend gestalteter Lebensraum. Sie ist damit in erster Linie ein humanes Biotop. Durch die menschliche Gestaltungskraft können angeblich schicksalhafte und unabänderliche Erscheinungen wie die einzelinteressengeleitete Stadtplanung, der Mietwucher, die Altersarmut, die Randgruppenprivilegierung, die inhumane Globalisierung und die Fremdenpolitik humanisiert werden, in dem sie alternativ geregelt werden.

Städte als Lebensraum müssen weder kapitalisten- noch randgruppen- oder gar fremdengerecht gestaltet werden. Städte müssen stattdessen menschengerecht gestaltet werden. Deswegen müssen landschaftsbildstörende und kulturfeindliche Aktivitäten mit dem geltenden Recht unterbunden werden. Beispielhaft muß auf die an Stichwaffen erinnernden Minarette des anatolischen Moscheebautyps hingewiesen werden, die von ihren Erfindern vorsätzlich so geformt wurden, daß sie das Landschaftsbild des christlich-germanischen Abendlandes stören.

Die NPD besitzt im Gegensatz zu Scheinalternativen den politischen Willen, human gestaltend einzugreifen und Sonderinteressen zugunsten des grundgesetzlich verlangten Gemeinwohls einzudämmen.

Zur Lösung der Probleme – unsere Vorschläge auf streng rechtsstaatlicher und demokratischer Grundlage lauten:

1. Berlin muß als Humanbiotop begriffen werden!

2. Die einzelinteressengeleitete Stadtplanung, der Mietwucher, die Altersarmut, die Randgruppenprivilegien, die CO₂-treibende Globalisierung und die Fremdenpolitik alternativ regeln!
3. Berlin darf weder kapitalisten- noch randgruppen- oder fremdengerecht gestaltet werden. Berlin muß menschengerecht gestaltet werden!
4. Landschaftsbildstörende und kulturfeindliche Aktivitäten mit geltendem Recht unterbinden!
5. Deswegen keine Minarette, kein öffentlicher Unterwerfungsruf, kein Halal, kein Koscher, keine Geschlechtsteilverstümmelung und keine Ritualmorde in unserer Stadt!

3.3. Sicherheit ist Menschenschutz

Eine katastrophale Finanzierungspolitik bei der Berliner Polizei hat dazu geführt, daß sie nicht ihren Auftrag ausführen kann. Die Polizei wurde so geschädigt, daß ihr oftmals Kräfte und Mittel fehlen, die alltägliche Sicherheit und Ordnung zu gewährleisten. Als Folge werden wir nahezu täglich Zeugen von kriminellen Handlungen vieler Fremder in Berlin.

Die Sicherheit der Menschen leidet unter der falschen Verwendung von Finanzmitteln. Dies wird von der politischen Klasse in Kauf genommen, weil sie das Lebensinteresse der Menschen den Sonderinteressen von inhumanen Randgruppen, Kapitalisten und Fremden unterordnet, für die immer Steuergeld im Überfluß zum Fenster hinaus geworfen werden.

Zur Lösung der Probleme – unsere Vorschläge auf streng rechtsstaatlicher und demokratischer Grundlage lauten:

1. Soziale Gerechtigkeit durch eine sinnvolle Organisation der Verwaltung erreichbar machen!
2. Einen größeren Handlungsspielraum und weniger bürokratische Hürden für die Polizei!
3. Die Berliner Polizei muß eine echte Volkspolizei werden: Statt einer Reaktionspolizei brauchen wir eine Präsenzpolizei. Die Polizei muß für die Verbrechensbekämpfung mit der modernsten Technik ausgestattet werden!
4. Sicherheit ist weder eine Utopie noch ein Luxusgut für Kapitalisten, Fremde und inhumane Randgruppen, sondern ein Allgemeingut!
5. Finanzmittel für Sonderinteressen müssen in die allgemeine Sicherheit und Ordnung umgelenkt werden!

4. Arbeitsplatz Berlin – Sozial geht nur national

Die Wirtschaft ist nicht um ihrer selbst willen da, sie muß der Bedürfnisbefriedigung der Menschen dienen. Das Grundbedürfnis an Arbeit und schöpferischer Tätigkeit sowie das Bedürfnis nach Waren und Dienstleistungen sind beide für den Menschen elementar.

Die Wirtschaft muß dem Menschen dienen und nicht der Mensch zum Sklaven der Kapitalisten werden. Arbeitsplätze müssen dort vorhanden sein, wo die Menschen sind und nicht dort, wo die größten Profite erzielt werden können. Es gilt, von den

Verantwortlichen der Wirtschaft eine Verantwortung gegenüber dem Volk einzufordern, denn sozial geht eben nur national.

4.1. Arbeitsplätze fördern – aber deutsch

Die Wirtschaftspolitik in Berlin und Deutschland wird von Kapitalisten kontrolliert, die nicht das Weiterbestehen von Unternehmen als Handlungsziel haben und die nicht zur Deckung des notwendigen Bedarfes umweltschonend wirtschaften, sondern als oberstes Ziel die sinnlose Anhäufung von Kapital betreiben, ohne jede Rücksicht auf die Bedürfnisse der Menschen.

Merkmale dieses kapitalistischen Sozialsystems sind besonders die Zerstörung florierender Unternehmen, die Vernichtung von Arbeitsplätzen durch Verlagerung ins Ausland und inhumane Betriebskulturen mit Mobbing zum Herausdrängen von Mitarbeitern. Menschen werden nicht mehr als Arbeitskräfte geschätzt, sondern als austausch- und handelbares sogenanntes „Humankapital“ ihrer Menschenwürde beraubt.

Millionen Fremder wurden bereits nach Deutschland verbracht, um den Arbeitsmarkt durch billige Lohnsklaven zu deformieren, zu manipulieren und letztlich zu zerstören.

Der Druck auf die deutschen Arbeitnehmer wächst. Sie sehen sich ständig in der Gefahr, durch billigere Fremde verdrängt zu werden oder ihre Arbeit billiger verkaufen zu müssen. Das ist der eigentliche Sinn der kapitalistischen Fremdenpolitik, welche nur wir Nationaldemokraten konsequent ablehnen und stattdessen durch Heimführung modernisieren wollen.

Natürlich nehmen Fremde Deutschen die Arbeitsplätze weg, denn jede Stelle kann nur einmal besetzt werden. Das antideutsche Pseudoargument, Deutsche würden bestimmte Arbeiten gar nicht mehr ausüben, ist eine Propagandaphrase der politischen Klasse.

Arbeitsplätze in Deutschland müssen, das ist die Pflicht jedes verantwortungsbewußten Politikers, selbstverständlich Deutschen zur Verfügung gestellt werden. Erst wenn wirklich kein ethnischer Deutscher zur Verfügung steht, kann für kurze Zeiträume über die befristete Vergabe eines Arbeitsplatzes an Fremde nachgedacht werden. Die gesellschaftlichen Kosten eines solchen Beschäftigungsverhältnisses müssen der Fremde und sein Arbeitgeber tragen, denn eine Belastung der Allgemeinheit mit den gesellschaftlichen Folgekosten von Migration ist untragbar.

Zur Lösung der Probleme – unsere Vorschläge auf streng rechtsstaatlicher und demokratischer Grundlage lauten:

1. Ein Recht auf Arbeit für alle deutschen Berliner durch Festschreibung in der Verfassung und öffentliche Fördermaßnahmen für Arbeitsplätze!
2. Arbeitskräfte sind Menschen und kein „Humankapital“!
3. Strikte Bekämpfung des Menschenhandels!
4. Arbeitsplätze dürfen nur befristet an Fremde vergeben werden!
5. Fremde haben bei Arbeitslosigkeit das Land zu verlassen!

4.2. Unternehmerverantwortung statt Profitgier

Die deutsche Wirtschaft muß wieder ein lebendiger Teil Berlins und Deutschlands werden. Deswegen müssen die Verantwortlichen in der Wirtschaft lernen, daß sie

kein isolierter anarchistischer Fremdkörper sind, der, ohne soziale und ökologische Folgen beachten zu müssen, verantwortungslos anarchistisch handeln darf. Tatsächlich ist die Wirtschaft ein bedeutender Teil eines höheren Ganzen.

Deswegen muß sie sich in das Ganze einfügen und darf nicht autark vom Menschen, seinen Bedürfnissen, seiner Kultur und seiner Gemeinschaft betrachtet werden. Wie jeder Vater oder jede Mutter Verantwortung für die Kinder übernimmt, so muß auch ein Unternehmer Verantwortung für seine Arbeiter, seine Stadt und sein Land übernehmen. Wird er dieser Verpflichtung nicht gerecht, so handelt er gemeinschaftsschädigend. Jedes Fehlverhalten muß durch Anleitung, Steuerung und wenn nötig Rechtsfolgen korrigiert werden.

Das Grundgesetz bestimmt, daß Eigentum gemeinschaftlich verpflichtet! Deswegen muß die gemeinschaftsdienende Bedeutung des Unternehmers öffentlich im Vordergrund wirtschaftlichen Handelns stehen und die möglichen gesellschaftlichen Folgen von Fehlverhalten laufend öffentlich erörtert werden.

Ein besonderes Wesensmerkmal des Kapitalismus ist die irrationale Profitgier zur sinnlosen Akkumulation von Kapital. Die sinnlose Kapitalanhäufung wird strukturell begünstigt durch zwei Maßnahmen:

Erstens durch supranationale kapitalistische Monsterbürokratien wie die Europäische Union (EU).

Zweitens werden kapitalistische Zwergstaaten zur Steuerhinterziehung eingerichtet oder bestehende Zwergstaaten von Kapitalisten übernommen.

Supranationale Bürokratien und Zwergstaaten als schwarze Steuerlöcher dienen der sinnlosen Profitmaximierung. Mit diesem strukturellen Defekten werden die Nationalstaaten und ihre Völker laufend vorsätzlich beeinträchtigt und geschädigt. Sie leisten der inhumanen kapitalistischen Verantwortungslosigkeit systematisch und vorsätzlich Vorschub.

Zur gesellschaftlichen Durchsetzung des Kapitalismus wird die Lügenpresse eingesetzt, die den Menschen unaufhörlich laut und schrill tönend eintrichtert, daß sie Globalisierung und EU benötigen würden. Nur durch Globalisierung und EU würden sie persönlich gewinnen. Nur durch Globalisierung und EU könnten sie hedonistische Triebe befriedigen. Aber, daß der scheinbar schön bunte Globalismus und die EU mit erheblichen Risiken und Nebenwirkungen verbunden sind, wird vorsätzlich verschwiegen.

Wer sich von der globalistischen Propaganda der Lügenpresse einwickeln läßt, der sperrt sich selbst in den Käfig der asozialen und inhumanen kapitalistischen Weltordnung ein und erleichtert den Kapitalisten seine Ausbeutung.

Beispielhaft für asoziales kapitalistisches Handeln sind die Betrügereien mit Masken und die fragwürdigen Geschäfte mit Impfstoffen während der Coronagrippe. Zielgerichtet wurde die Coronahysterie von der Lügenpresse erzeugt, um die mittelständische Wirtschaft zu vernichten. Während die kapitalistischen Konzerne hohe Gewinne einstreichen, werden kleine Unternehmer drangsaliert und schikaniert, ihre Gewerbe-freiheit faktisch abgeschafft und so tausende von kleinen Unternehmen zu Gunsten der Kapitalisten zerstört.

Um Unternehmer von den kollektivistischen Zwängen des Kapitalismus zu befreien, müssen die politischen Entscheidungsträger Rahmenbedingungen schaffen, die es Unternehmern ermöglicht, sich wirtschaftlich vernünftig betätigen zu können.

Zur Lösung der Probleme – unsere Vorschläge auf streng rechtsstaatlicher und demokratischer Grundlage lauten:

1. Die Wirtschaft darf nicht anarchistisch organisiert sein. Deswegen ist das Primat der Politik in der Wirtschaft konsequent durchzusetzen!
2. Wirtschaftskrisen sind die Folge kapitalistischen Handelns. Deswegen muß die Wirtschaft immer politisch überwacht und gelenkt werden!
3. Eigentum verpflichtet: Deswegen muß das Ausbildungs- und Auswahlwesen für die Wirtschaft auf ökonomische, soziale und ökologische Verantwortung ausgerichtet werden. Wer wider besseren Wissens dennoch gegen die Interessen des Volkes handelt, muß zur Verantwortung gezogen und zu gemeinschaftsdienendem Handeln angeleitet werden!
4. Strukturelle Defekte zur Schädigung der Lebensinteressen der Menschen wie die EU sind durch alle zur Verfügung stehenden rechtlichen und parlamentarischen Mittel politisch zu bekämpfen!
5. Kapitalistisches Versagen darf nicht mit öffentlichen Hilfen wie sogenannten Rettungsschirmen für Banken korrigiert werden!

4.3. Wirtschaftslenkung statt Kapitalismus

Kapitalisten, die sich selbst überlassen werden, nutzen diesen Zustand der Anarchie irrational aus. Diese Fehlentwicklung ist derzeit zu beobachten. Mit absurden und irreführenden Propagandabegriffen wie „Liberalisierung“ wird die Zerstörung des Primates der Politik sowie die Behinderung und Einengung staatlicher Kontrolle gerechtfertigt. Jede wirtschaftliche, soziale und ökologische Kontrolle und Lenkung soll wirkungslos gemacht oder vollständig zerstört werden.

Was bleibt, ist ein anarchistisches Gesellschaftssystem, in welchem sich der Skrupellosere oder Bestechlichere auf Kosten der Allgemeinheit bereichert. Selbst Unternehmen, die schwarze Zahlen schreiben, sind vor Ausverkauf, Schließung und feindlicher Übernahme nicht gefeit.

Das Primat der Politik muß gegenüber den Kapitalisten durchgesetzt werden. Die Nationalstaaten sind strukturell so zu gestalten, daß sie eine optimale Kontrolle und Lenkung der Kapitalisten gewährleisten können. Durch die Anwendung des Primats der Politik können die Rahmenbedingungen geschaffen werden, unter denen wirtschaftlich und nicht kapitalistisch gearbeitet werden kann. Die politisch Verantwortlichen können unter Berücksichtigung der Gesamtlage und des Allgemeininteresses kapitalistisches Verhalten früh erkennen und Maßnahmen ergreifen, die soziales Handeln für die Allgemeinheit bewirken, statt kapitalistische Krisen zu Lasten der Allgemeinheit bewältigen zu müssen.

Zur Lösung der Probleme – unsere Vorschläge auf streng rechtsstaatlicher und demokratischer Grundlage lauten:

1. Strukturell sinnvolle Gestaltung der Berliner Verwaltung zur Durchsetzung des Primates der Politik in der Wirtschaft!
2. Festsetzung von Rahmenbedingungen für die Entwicklung der Berliner Wirtschaft!

3. Erarbeitung eines wirtschaftlichen Kriterienkatalogs zur Förderung des Allgemeinwohls, der alle schädlichen und nützlichen Bestandteile berücksichtigt und die Abwägung für komplexe Entscheidungen unterstützt!
4. Vergabe von öffentlichen Aufträgen unter Berücksichtigung wirtschaftlicher, sozialer, ökologischer und fiskalischer Gesichtspunkte!
5. Grundsätzlich keine Privatisierung öffentlichen Eigentums. Die lebensnotwendige Grundversorgung und -entsorgung müssen öffentlich kontrolliert werden. Wasser, Energie, Gesundheit, Sicherheit, öffentlicher Personenverkehr, Sparkassen, Post und Fernmeldewesen sowie Abwasser und Abfallentsorgung sind öffentliche Aufgaben, die von kapitalistischen Interessen befreit sein müssen!

4.4. Investitionspolitik statt Randgruppenprivilegierung

Wenn die Unternehmer versagen und keine unternehmensfördernden Investitionen tätigen, dann muß die Stadt Berlin sinnvolle und allgemeinwohlfördernde Investitionsanreize schaffen oder selbst investieren. Das kostet zwar Geld, das notfalls aufgenommen werden muß, zahlt sich aber zukünftig aus.

Jeder Arbeitsplatz, der nicht verloren geht oder neu entsteht, verringert die Belastung der Sozialversicherungen, erwirtschaftet Steuergelder und wirkt positiv auf andere Arbeitsplätze.

Besonders Investitionen in die öffentliche Infrastruktur sind geeignet, Arbeitsplätze neu zu schaffen und für Voraussetzungen zu sorgen, die private Investitionen ermöglichen.

Zur Lösung der Probleme – unsere Vorschläge auf streng rechtsstaatlicher und demokratischer Grundlage lauten:

1. Grundsätzlich muß gelten: Unnützes, Irrationales und Schädliches muß privatisiert werden – Nützliches muß dem Allgemeinwohl zugeführt werden!
2. Allgemeinwohlfördernde Umverteilung aller öffentlichen Gelder, die der antidemokratischen Manipulation des politischen Systems dienen, wie die Repression gegen Patrioten und Nationale. Ebenso Umverteilung der Alimente für sinnlose Randgruppenprojekte und für den irrationalen antideutschen Gedenkstättenrummel. Diese Gelder müssen in Infrastrukturmaßnahmen investiert werden!
3. Erarbeitung eines Kriterienkatalogs für die Förderung des Allgemeinwohls durch die sinnvolle Vergabe von öffentlichen Aufträgen zum Ausbau der Berliner Infrastruktur!
4. Öffentliche Förderung von privaten Investitionen mit positiven Wirkungen auf das Allgemeinwohl!
5. Einrichtung einer öffentlichen Verwaltungseinheit, die öffentliche Liegenschaften, die für eine gewerbliche Nutzung geeignet sind, erfaßt. Die Liegenschaften sind mit langfristigen Verträgen zur Bestandsgarantie an private Unternehmen zu vermitteln. Strukturell benachteiligte Klein- und Mittelunternehmen sind hierbei besonders zu berücksichtigen und zu fördern!

4.5. Mittelstands- und Geldpolitik statt Förderung des Großkapitals

Herzstück des wirtschaftlichen Lebens ist der Mittelstand. Die Gewichtung der öffentlichen Wahrnehmung liegt allerdings aufgrund der Vielzahl der möglichen bedrohten Arbeitsplätze bei den großen Arbeitgebern. Der Mittelstand muß eine umfassende Förderung erfahren, wenn Berlin eine solide Wirtschaftsbasis haben soll.

Die derzeitige Förderung der Kapitalisten und die Fokussierung auf deren antisozialen Interessen stellen keine Förderung der Wirtschaft dar, sondern schädigen die Wirtschaft.

Zur Lösung der Probleme – unsere Vorschläge auf streng rechtsstaatlicher und demokratischer Grundlage lauten:

1. Strukturinitiative für den Mittelstand durch die Schaffung den Mittelstand fördernde Strukturen unter besonderer Berücksichtigung der Existenzgründung!
2. Zeitweise Suspendierung von Gewerbesteuer und Gebühren für Existenzgründer und strukturell benachteiligte Klein- und Mittelunternehmen!
3. In begründeten Einzelfällen öffentliche Bürgschaften für Klein- und Mittelunternehmen!
4. Die zentrale Verwaltung und die Bezirksverwaltungen müssen einheitlich gegliedert und bezeichnet werden. Schluß mit dem Berliner Verwaltungschaos und der Zuschneidung und Bezeichnung der Ämter, Abteilungen und Unterabteilungen nach den persönlichen Neigungen der rotrotgrünen Blockpartei-politiker. Bezeichnung und Inhalt müssen übereinstimmen!
5. Ämter, Abteilungen, Unterabteilungen und Funktionsbezeichnungen der gesamten Berliner Verwaltung müssen in der deutschen Amtssprache erfolgen!

4.6. Raumgebundenheit statt Umweltzerstörung

Ein Wesensmerkmal des globalistischen Kapitalismus ist die Schaffung unübersichtlicher Verhältnisse. Eine Kontrolle von Produktionsbedingungen, Qualität und Umweltschutz wird vorsätzlich unmöglich gemacht. Aus Profitgier werden Waren, unter Mißachtung von Umwelt- und Arbeitsschutz, in instabilen Staaten, häufig sogenannte Entwicklungsländer, produziert und dann über den gesamten Erdball verteilt.

Der globalistische Kapitalismus verursacht unnütze Transportkosten und infolge des Transportes massive Umweltverschmutzung mit Klimawandel und Arbeitslosigkeit in den Ländern, aus denen die Produktion verlagert wurde.

Wir Nationaldemokraten sind der Auffassung, daß alles, was hier produziert werden kann, auch hier hergestellt werden sollte. Dies ist die sinnvollste Maßnahme zur Steuerung des Klimawandels. Waren, die dennoch importiert werden, belasten unsere Wirtschaft und unsere Arbeitsplätze.

Eine raumgebundene Volkswirtschaft reagiert viel schneller und wirkungsvoller auf Bedürfnisse, Erfordernisse und regionale Voraussetzungen. Sie ist deswegen effektiver, gesamtgesellschaftlich kostengünstiger, menschen- und umweltfreundlicher, als der globalistische Kapitalismus.

National und regional müssen strukturelle Voraussetzungen geschaffen werden, welche die Entwicklung einer Raumorientierung im wirtschaftlichen Bereich begünstigen. Nur so können die schädlichen Auswirkungen des globalistischen Kapitalismus wie

Abwanderung, Heimatlosigkeit und Klimawandel verhindert werden. Wir Deutschen sind keine Arbeitsnomaden.

Zur Lösung der Probleme – unsere Vorschläge auf streng rechtsstaatlicher und demokratischer Grundlage lauten:

1. Erarbeitung eines Kriterien- und Maßnahmenkatalogs zur Förderung des Allgemeinwohls durch den Ausgleich struktureller Benachteiligungen!
2. Einrichtung und Förderung regionaler und lokaler Märkte zur Förderung des Allgemeinwohls mit klaren Regeln!
3. Politisch gezielte Ausgabe von alternativen öffentlichen börsenhandelbaren Zahlungsmitteln wie Steuergutscheinen, Schuldverschreibungen und Kassenscheinen!
4. Erarbeitung eines Kriterienkataloges zur Einstufung und Bewertung der Sinnhaftigkeit und des Allgemeinnutzes für Importe zur Steuerung des Klimawandels!
5. Einführung von sinnvollen und kostendeckenden Prüf- und Genehmigungsverfahren von gesamtwirtschaftlich fragwürdigen Importen zur Förderung des Allgemeinwohls!

4.7. Vernunft statt Klimahysterie

Die von den GRÜNEN*innen erfundene Klimahysterie ist ein Akt der psychologischen Kriegführung gegen die Menschen in Deutschland. Die absurde Propaganda der GRÜNEN*innen erzeugt Ängste, die dynamisch und psychotisch gesteigert werden. Ziel der GRÜNEN*innen ist es, mittels der grotesken Klimahysterie den Boden für die Errichtung einer Klimadiktatur der GRÜNEN*innen zu bereiten.

In einer solchen Klimadiktatur werden die meisten Menschen ihrer Freiheiten und ihrer grundlegenden Rechte beraubt.

Zum Beispiel würden die GRÜNEN*innen Wohnhäuser abreißen, um die Menschen in weniger Wohngebäuden zusammenzupferchen. Auf diese Weise sind sie besser zu überwachen.

In ihrer Propaganda schwadronieren die GRÜNEN*innen dann davon, daß durch die Zerstörung der Wohnhäuser die Landschaft entsiegelt würde, weniger geheizt werden müßte und der Wohnraum besser bezahlbar wäre.

Ein weiteres Beispiel ist das Verbot von Verbrennungsmotoren nach Otto und Diesel für alle normalen Menschen. Selbstverständlich hätten die Dienstfahrzeuge der GRÜNEN*innen sehr starke Verbrennungsmotoren, damit sie dem zornigen Volk entkommen können.

Ein anderes Beispiel des Irrsinns der GRÜNEN*innen wäre der Bau von 500 Millionen Windrädern auf 500.000 Quadratkilometern in Deutschland. Dazu müßte Deutschland erheblich vergrößert werden.

Einen Vorgeschmack für eine Terrordiktatur der GRÜNEN*innen liefern die KLIMADIOTEN mit ihren irren Angriffen auf Kunstwerke, Straßen- und Schienenverkehr.

Eine solche Terrordiktatur der GRÜNEN*innen muß durch totalen demokratischen Widerstand verhindert werden. Wählen Sie deshalb nationaldemokratisch, wählen Sie NPD!

Zur Lösung der Probleme – unsere Vorschläge auf streng rechtsstaatlicher und demokratischer Grundlage lauten:

1. Klimawandel durch Entglobalisierung steuern, statt irrationale Klimahysterie!
2. Jede Form der Diktatur der Klimahysteriker und GRÜNEN*innen verhindern!
3. Umbau der Energiewirtschaft durch eine Importabgabe finanzieren!
4. Beschleunigter vollständiger Abbau von Belastungen der Menschen mit GRÜNEN*innenabgaben und überhöhten Energiepreisen. Energiepreise müssen sozial verträglich sein!
5. Haftstrafen für kriminelle Klima-Idioten! Schadenersatz für alle durch Klima-Idioten geschädigte!

5. Dein Herz für unsere Heimat Berlin

Heimat ist kein Begriff aus überkommener Zeit. Heimat ist ein Grundbedürfnis der Menschen, dort muß er sich nicht erklären. Wohnort und Standort können Heimat nicht ersetzen. Gleiche Kultur, ähnliche Menschen und der gemeinsam erlebte und gestaltete Lebensraum vereinen sich in diesem Wort. Unsere Stadt ist unsere Heimat und muß den Erfordernissen und Bedürfnissen der Menschen entsprechen. Dies zu gestalten ist die Aufgabe verantwortungsvoller Politik.

5.1. Deutsch von Ahrensfelde bis Zehlendorf und von Tegel bis Köpenick

Berlin ist eine deutsche Stadt. Die erste urkundliche Erwähnung datiert auf den 28. Oktober 1237. Spandau und Köpenick wurden bereits 1232 als Städte urkundlich bezeichnet. In ihrer bald 790-jährigen Geschichte hat sie das Bild eines ganzen Landes entscheidend mitgeprägt, und ein ganzes Land hat sie geprägt. Diese Kontinuität muß zum Wohle Deutschlands gewahrt bleiben. Nur von einer deutschen Hauptstadt werden auch weiterhin positive Signale auf das Land ausstrahlen. Ein multikultureller Moloch wird, wegen der gegensätzlichen Interessen und der Identitätslosigkeit, niemals Motor in Politik, Wirtschaft und Kultur sein können. Multikulturalismus bedeutet Verarmung, Verwahrlosung und Zukunftslosigkeit. Aber nationale Sozialpolitik bewirkt ein schöneres Leben in einer gesicherten Zukunft.

Berlin soll eine Stadt der Deutschen bleiben und in allen Bezirken und Ortsteilen wieder werden. Das Heimatrecht der Deutschen ist ein elementares Menschenrecht und bedingungslos zu beachten und, wenn erforderlich, durchzusetzen.

Die sogenannte Integration, wie sie von der politischen Klasse propagiert wird, ist menschenverachtend, barbarisch, ignorant und deswegen vollständig gescheitert. Die politische Klasse ignoriert den Zustand und die Bedürfnisse von total anders sozialisierten fremden Menschen. Sie weigern sich zu differenzieren und betrachten die Fremden kollektivistisch als Humankapital. Das bedeutet: Sie nehmen den Fremden ihre Menschenwürde, machen sie zu beliebig austauschbaren Objekten ohne jede Persönlichkeit und soziale Bindung.

Diese Menschen stammen vielfach aus einem Kulturraum, der ein Gegenentwurf zum griechisch-christlichen Rationalismus und zum christlich-germanischen Abendland ist. Diese Fremden können nur integriert werden, wenn sie gezwungen werden,

ihre islamische Ideologie sunnitischer Ausrichtung, das heißt ihre Identität aufzugeben und durch eine abendländische Identität zu ersetzen.

Viele dieser Menschen sind Angehörige der Unterschicht und in ihrer Heimat in einer asozialen Hierarchie auf der untersten Stufe sozial und ökonomisch marginalisiert. Sie beherrschen ihre eigene Sprache und Kultur nur rudimentär und werden häufig von Landsleuten, die in der sozialen Rangordnung über diesen Menschen stehen, in Deutschland ausgebeutet und mißbraucht. Hier existiert ein Interessengeflecht von fremden Ausbeutern und deutschen Staatsangehörigen, die ihre Sonderinteressen zu Lasten der marginalisierten Fremden und der Deutschen durchsetzen.

Diese Fremden kommen nach Deutschland, weil sie ihrer sozialen Deklassierung entkommen wollen, weil sie der Ausbeutung, Unterdrückung und Perspektivlosigkeit entkommen wollen.

In Deutschland erleben viele von ihnen einen traumatisierenden Kulturschock, mit dem sie alleingelassen werden und der in vielen Fällen dazu führt, daß sie sich Landsleuten anvertrauen die ihnen scheinbar Trost und Hilfe gewähren, das Gewesene verklären, aber tatsächlich ihr hier und jetzt vernebeln, sie mit islamistischen Phrasen füttern und so diese Menschen in ihrem Elend gefangen halten.

Ihre Unterdrücker reden ihnen und den politischen Klasse ein, daß Integration bedeute, daß ihre Landsleute parallelgesellschaftliche Strukturen benötigen. Tatsache ist aber, daß niemand integriert werden kann, wenn ihm ein kultureller Käfig errichtet wird, aus dem er eigentlich entkommen wollte.

Integration heißt auf Deutsch Erneuerung. Erneuern kann sich nur derjenige, der das Gewesene hinter sich läßt, abstreift und konserviert. Genau diese Erneuerung wird durch profitgierige Ausbeuter und die politische Klasse systematisch verhindert.

Wer anatolische Moscheegebäude mit Minaretten duldet und islamistischen Haßpredigern sunnitischer Ideologie ungehindert auftreten läßt, wer unsere kulturellen Erregenschaften rassistisch herabwürdigt und rituelle Tierquälerei mit grauenvollen Schächtungen nach Halalvorschriften ermöglicht, wer die Verstümmelung von Geschlechtsteilen gesetzlich festschreibt und wer Ritualmorde verharmlost und rechtfertigt, der will seine menschliche Beute für sich behalten und nicht durch Erneuerung aus ihrer Sklaverei entlassen.

Um die Ausbeutung dieser Fremden in Deutschland zu beenden, muß klar sein, daß Deutschland kein Einwanderungsland ist und nie eines werden darf. Deswegen ist Berlin auch keine Einwanderungsstadt und darf es nie werden.

Zur Lösung der Probleme – unsere Vorschläge auf streng rechtsstaatlicher und demokratischer Grundlage lauten:

1. Die Berliner Verwaltung muß nach innen und außen ausschließlich die gesetzlich vorgeschriebene deutsche Amtssprache verwenden. Schluß mit dem gegenderten babylonischen Sprachwirrwarr!
2. Ausweisung aller Asylbetrüger und anderen kriminellen Fremden!
3. Schaffung einer Heimkehrkultur!
4. Systematische Vorbereitung und ideelle Begleitung der Fremden für ihre Heimkehr!

5. Keine strukturellen Desintegrationsmaßnahmen mit Moscheebauten, Verbot von Minaretten, ritueller Hallaltierquälerei und Geschlechtsteilverstümmelungen!

5.2. Für eine menschengerechte Kulturpolitik

Kultur wird heute als ein vom Gemeinschaftswesen Mensch losgelöster Begriff betrachtet. Sie schwebt im leeren Raum ohne Vergangenheit, ohne Gegenwart und ohne Zukunft. Kultur ist aber stets an ein Volk gebunden. Sie ist lebendiger Ausdruck der Gegenwartsbewältigung einer Gemeinschaft.

In der Kultur vereinen sich Erfahrung und Erleben der Vergangenheit in der Auseinandersetzung mit der spezifischen Lebensumwelt und den Problemen des Alltags. Sie verbindet ähnliche Menschen und hilft, Dinge gemeinschaftlich zu bewerten und einer für die Gemeinschaft befriedigende Lösung zuzuführen. Kulturlosigkeit bedeutet Isolation, Einsamkeit und Problemstau.

Ein den Kapitalismus förderndes Ersatzangebot mit Konsum, Unterhaltung, Ersatzidentitäten, Reisen und Gewalt soll die Kulturlosigkeit überdecken. Berlin und seine Menschen brauchen aber Kultur. Sprache, Schule, Architektur, Essen, Musik, Kunst, Umgang miteinander, Erziehung gehören ebenso dazu wie Feste und Brauchtum oder die Politik. Besonders in den Großstädten werden viele Kulturfaktoren mit kapitalistischen Moden verdrängt. Die Überfremdung mit Menschen aus anderen Kulturen und deren sichtbare Hilflosigkeit spitzen die angespannte Lage weiter zu.

Im kapitalistischen Sozialsystem mit dem Götzenbild einer halluzinierten Weltgesellschaft sind atomisierte antisoziale Persönlichkeiten, desintegrierte, identitätslose Wesen Objekte für jede Form von Ausbeutung. Sie konsumieren unnütze Gegenstände, die ihnen als unentbehrlich propagiert werden. Sie fühlen sich frei ohne es zu sein, weil sich ihr Denken ausschließlich um die Erfüllung von sinnlosen fremden Vorgaben dreht, die ihnen pausenlos laut tönend in groteskem Genderkauerwelsch über die Lügenpresse propagiert werden.

Diese Menschen werden ihrer Menschenwürde beraubt, in dem sie nichts anderes als beliebig austauschbares Humankapital sein sollen, das über den ganzen Erdball verschoben werden kann. Da sie den Propagandavorgaben unkritisch folgen, lehnen sie jede Bindung an Werte wie Familie, Volk und Nation ab. Ja sie glauben sogar an die Suggestion, daß Familie, Volk und Nation ihre Individualität bedrohen würden. Sie wurden von der Lügenpresse so dressiert, daß sie Individualismus mit Egoismus und Hedonismus gleichsetzen.

Berlin aber ist eine Stadt, in der Kulturwesen leben und sie muß es bleiben. Diesem Auftrag gerecht zu werden, ist eine Aufgabe unserer nationaldemokratischen Politik.

Eine Hochkultur ist ein besonderer Teil der Kulturleistung eines Volkes. Theater, Oper, Konzerte und Museen sind heute die einzigen Faktoren, die von der politischen Klasse als Kultur akzeptiert werden. Sie sind als Leistungen außergewöhnlich begabter Menschen eines Volkes Ausdruck der Schöpferkraft. Diese Menschen sind auch Vorbild und Leitmotiv. Sie können aber die Alltagskultur des Volkes nicht ersetzen, sondern nur ergänzen. Ihre schöpferischen Leistungen sollen nicht im kapitalistischen Sinn konsumiert werden. Denn Kultur ist Gestaltung und Erleben, die von kapitalistischen Interessen befreit sein muß, wenn sie sich wirklich und wahrhaftig entfalten soll.

Zur Lösung der Probleme – unsere Vorschläge auf streng rechtsstaatlicher und demokratischer Grundlage lauten:

1. Schutz der deutschen Sprache bei allen öffentlichen Verlautbarungen, bei Presse, Fernsehen und Werbung; vor allem der Senat und alle Bezirksverwaltungen haben strikt auf eine saubere genderfreie Verwendung unserer Sprache zu achten!
2. In Funk und Fernsehen müssen vornehmlich deutsche Künstler vorgestellt werden!
3. Enge Auslegung des Baugesetzbuches. Gebäude müssen sich in das Landschaftsbild mit seiner deutschen kulturellen Überlieferung einpassen. Minarette stören das abendländische Landschaftsbild!
4. Feste und Brauchtum der Mehrheitskultur sind stärker zu fördern. Randgruppenaktivitäten zur Befriedigung voyeuristischer Gier sind privat zu finanzieren!
5. Keine Kürzungen bei Kultureinrichtungen und deren Bespielung!

5.3. Stadt- und Raumplanung statt Minarette

Eine Stadt ist immer Spiegel der Menschen, die dort ihre Heimat gefunden haben. Derzeit verfolgen eine Reihe von rotrotgrünen Blockparteipolitikern das Ziel, Berlin fremd zu prägen. Damit wollen sie die Begehrlichkeiten von internationalen kapitalistischen Konzernen, Immobilienspekulanten und Wortführern von Fremden befriedigen. Statt ihrem Auftrag gerecht zu werden, handeln sie gegen ihren Amtseid und fügen den Deutschen Schaden zu durch Moscheegebäude und Mietwucher.

Ganze Kieze, sogar ganze Ortsteile werden nicht entwickelt und gestaltet, sondern antisozialen Interessen von kapitalistischen Spekulanten überlassen. Wegen der ideologisch begründeten Verweigerungshaltung der politischen Klasse gibt es keine organische politische Raumentwicklung.

Berlin ist in weiten Teilen austauschbar geworden. Kaum ein Gebäude, kaum ein Raum wird nach den Ansprüchen des Bauens für die Ewigkeit entwickelt. Kurzfristige Zweckmäßigkeit und kapitalistische Moden bestimmen das Bild. Zeitgemäß hieße aber, die Ansprüche heutiger Zeit mit den hergebrachten Strukturen und Entwicklungen zu verbinden.

Zur Lösung der Probleme – unsere Vorschläge auf streng rechtsstaatlicher und demokratischer Grundlage lauten:

1. Rückbau aller Minarette und sofortige übergangsweise Nutzung aller Moscheegebäude als Gemeinschaftsunterkünfte für Asylbewerber und Flüchtlinge!
2. Gestaltung und Wiederaufbau der Innenstadt und der ehemaligen Ortskerne mit historischen Anlehnungen!
3. Neubauten müssen sich in das vorhandene und überlieferte Landschaftsbild einpassen und dem Charakter der Stadt entsprechen. Lückenschluß statt Zersiedelung!
4. Kleingärten und Gartenstädte sind zu erhalten und zu beleben!
5. Kein Überflug Berliner Gebietes vom Großflughafen BER aus!

5.4. Mietwucher beenden

Berlin ist wie andere Städte von massiven Verdrängungsprozessen im Wohnungsbe-
reich geprägt. Bezahlbarer Wohnraum ist aufgrund der verfehlten Miet-, Wohnungs-
bau- und Infrastrukturpolitik zur Mangelware geworden. Besonders betroffen sind
Geringverdiener, Alleinerziehende und kinderreiche Familien.

Besonders die Massenzuwanderung sogenannter Asylbewerber und Flüchtlinge so-
wie fremde Spekulanten verschärfen die Lage. Die Verfügbarkeit von bezahlbarem
Wohnraum ist kaum noch gegeben, da in den vergangenen Jahren zu wenige Sozi-
alwohnungen errichtet wurden und Gebäude mit Sozialwohnungen abgerissen wur-
den. Deswegen herrscht nun Wohnungsmangel in Berlin. Weil die Mietkosten für so-
genannte Asylbewerber und Flüchtlinge mit öffentlichen Finanzmitteln bezahlt wer-
den, sind sie als Mieter für Spekulanten und Miethaie interessanter als deutsche Ge-
ringverdiener.

Zur Lösung der Probleme – unsere Vorschläge auf streng rechtsstaatlicher und de-
mokratischer Grundlage lauten:

1. Beschleunigter Neubau von mindestens 100.000 Sozialwohnungen!
2. Bereitstellung von öffentlichen Finanzmitteln zur Unterstützung von Bedürf-
tigen zur Bezahlung von Wohnraum!
3. Sozial- und familienverträglichere Wohnberechtigungsscheinsteuern, um
sicherzustellen, daß Sozialwohnungen für alle diejenigen bereitstehen, die
darauf angewiesen sind!
4. Einführung einer sozialverträglichen Obergrenze für die Umlage von Investi-
tionen auf den Mieter, um sozial unverträgliche Luxussanierungen und sys-
tematische Mieterverdrängung zu verhindern!
5. Der Berliner Mietspiegel muß rechtlich verbindlich werden!

Neben der Behebung der akuten Not, müssen rahmenpolitische Maßnahmen die
strukturellen Defekte und Defizite der Berliner Wohnungswirtschaft beseitigen und
sie neu ordnen. Denn bezahlbarer Wohnraum ist existentiell notwendig und darf nicht
kapitalistischen Ausbeutungsinteressen unterworfen werden.

Zur Lösung der Probleme – unsere Vorschläge auf streng rechtsstaatlicher und de-
mokratischer Grundlage lauten:

1. Vernünftige staatliche Kontrolle und Regulierung der privaten Wohnungswirt-
schaft!
2. Sozial verträgliche und wirtschaftlich vernünftige öffentliche Wohnungs-
bauförderung, aber deutsch!
3. Einbeziehung der privaten Wohnungswirtschaft in die öffentlichen Planun-
gen!
4. Vernünftige sozialpolitische Auflagen für die öffentliche Förderung privaten
Wohnungsbaues!
5. Verpflichtende energetische Sanierungen sollten nur noch bei tatsächlicher
ökologischer Relevanz und bei Bereitstellung von öffentlichen Fördermitteln
erfolgen müssen!

Neben diesen strukturellen Maßnahmen ist die Berliner Verwaltung so zu organisieren, daß sie in der Lage ist, rechtswidriges Verhalten im Bereich der Wohnungswirtschaft schnell zu erkennen und zu unterbinden.

Zusätzlich muß die Verwaltung den Anforderungen rascher wirtschaftlicher Entwicklungen durch eine vernünftige Organisation folgen können.

Die ideologisch motivierten und sehr folgenschweren politischen Fehlentscheidungen der ROTROTGRÜNEN*innen in der Vergangenheit sind ohne Abstriche zu beseitigen.

Hier muß vor allem auf die asozialen Privatisierungen von öffentlichen Wohnungen sowie öffentlichen Einrichtungen der Daseinsvorsorge und die dezentrale Unterbringung von sogenannten Asylbewerbern und Flüchtlingen hingewiesen werden. Diese Fehlentwicklungen sind schnell und energisch zu korrigieren.

Die gemeinschaftliche Unterbringung von sogenannten Asylbewerbern und Flüchtlingen hätte den Vorteil, daß Berlin von den mit der Unterbringung von unzähligen sogenannten Asylbewerbern und Flüchtlingen einhergehenden Sicherheitsproblemen befreit würde und rechtlich gebotene Ausweisungen, mit dem neu einzuführenden beschleunigten unbürokratischen Heimführungsverfahren, schnell umsetzbar wären.

Zur Lösung der Probleme – unsere Vorschläge auf streng rechtsstaatlicher und demokratischer Grundlage lauten:

1. Der illegale Betrieb von Ferienwohnungen ohne behördliche Genehmigung und Abführung von Gewerbesteuer ist zu beenden!
2. Die Kalkulation der notwendigen „Kosten der Unterkunft“ sollte aufgrund der zum Teil massiven Preissteigerungen vierteljährlich erfolgen, um sozialen Verwerfungen entgegenzuwirken!
3. Alle Privatisierungen im Bereich der Daseinsvorsorge sind zurückzunehmen, die Grundversorgung ist grundsätzlich öffentliches Eigentum. Nur so kann garantiert werden, daß die Nebenkosten für Mieter erschwinglich bleiben!
4. Um einen Verdrängungsmechanismus durch sogenannte Asylbewerber und Flüchtlinge zu verhindern, sollten anerkannte Asylanten und Flüchtlinge nicht in dezentralen Unterkünften einquartiert werden, da diesen Personen laut geltender Rechtslage nur zeitweilige Zuflucht gewährt werden soll, sind Gemeinschaftsunterkünfte angemessen und sinnvoll!
5. Die Unterbringung aller in Berlin und Brandenburg untergebrachten sogenannten Asylbewerber und Flüchtlinge auf dem Gelände des Flughafens BER!

5.5. Verkehr regeln statt lähmen – freie Fahrt für freie Bürger

Der rote Teil der politischen Klasse hat sich vom grünen Teil der politischen Klasse im wahrsten Sinne des Wortes wie Schweine verkehrspolitisch durch Berlin treiben lassen.

Die destruktive und negative Ausrichtung der GRÜNEN*innen mit besonders irrationaler Kraftfahrzeugfeindlichkeit wurde von den dunkelroten und roten Komplizen der politischen Klasse regelrecht aufgesogen. Unkritisch und willfährig wurden die ROTROT*innen Erfüllungsgehilfen der GRÜNEN*innen.

Diese Tatsache das unlogische und irrationale Verhalten der ROTROT*innen. Denn tatsächlich werden Kraftfahrzeuge von der, von den ROTROT*innen angeblich bevorzugte Arbeiterklasse gebaut und die selbst erbauten Kraftfahrzeuge auch gerne gefahren.

Auf der anderen Seite sind die Anhänger der GRÜNEN*innen überwiegend arbeiterfeindlich und in der Regel als dösige oder aggressive Radfahrer unterwegs.

So gibt es klare Fronten und es zeigt die Orientierungslosigkeit der ROTROT*innen das sie sich die kraftfahrzeugfeindlichen Parolen der GRÜNEN*innen zu eigen gemacht haben.

Die Parole lautet: „Der Berliner Kraftfahrzeugverkehr wird behindert oder gelähmt.“ In den Berliner Parlamenten, im Abgeordnetenhaus und in den Bezirksverordnetenversammlungen werden von den ROTROTGRÜNEN*innen ständig uralte verstaubte Pläne von vorgestern ans Tageslicht gezerrt, mit denen keine Verkehrsprobleme gelöst werden können.

Werden solche Pläne mit den Mehrheiten der rotrotgrünen Blockparteien durchgewunken, dann verschlimmert sich regelmäßig die Verkehrslage. Den rotrotgrünen Blockparteipolitikern ist unverständlich, daß ihre Maßnahmen zur Behinderung und Lähmung des Verkehrs von den Menschen als idiotische Schikanen wahrgenommen werden und im Ergebnis kontraproduktiv sind. Durch künstlich erzeugte Staus, Umweltplakette und Parkplatzsuchverkehr können die Ängste der Klimahysteriker nicht beerdigt werden.

Zur Lösung der Probleme – unsere Vorschläge auf streng rechtsstaatlicher und demokratischer Grundlage lauten:

1. Weiterbau der A 100 und Bau der TVO!
2. Verlängerung der U 1 von U-Bhf Uhlandstr. über U-Bhf Adenauerplatz, S-Bhf Halensee, U-Bhf Oskar-Helene-Heim zum S-Bhf Zehlendorf; der U 2 von U-Bhf Ruhleben über den Bhf Spandau nach Hakenfelde und vom S + U Bhf Pankow nach Heinrich-Mann-Platz; der U 3 von U-Bhf Krumme Lanke nach S-Bhf Mexikoplatz sowie von U-Bhf Nollendorfplatz über Bhf Potsdamer Platz nach Bhf Alexanderplatz; der U 5 von Hauptbahnhof über U-Bhf Turmstr. nach Bhf Jungfernheide; der U 7 von U-Bhf Rudow zum Flughafen BER; der U 8 vom S + U Bhf Wittenau ins Märkische Viertel und Bau der geplanten U 10 von S + U Bhf Rathaus Steglitz nach Bhf Alexanderplatz!
3. Verlängerung der Linien S 3 und S 9 Richtung Falkensee und Richtung Wustermark; der Linie S 75 zum Kreuz Karow; Einführung eines 2-Minutentaktes in den Hauptverkehrszeiten zwischen dem Bhf Ostkreuz und dem S-Bhf Westkreuz; Einführung eines 2-Minutentaktes auf der Nord-Südbahn zwischen Bhf Bornholmer Str. und dem S-Bhf Anhalter Bhf; Wiedereinführung eines 5-Minutentaktes auf der S 3 zwischen Friedrichshagen und Ostbahnhof!
4. Verlängerung der Straßenbahn mindestens wie im ÖPNV-Bedarfsplan ausgewiesen!
5. Wiederaufbau der Nordbahn und der Potsdamer Fernbahn!

Als Folge der GRÜNEN*innen Verkehrsschikanenpolitik muß eine vernünftige und humane Verkehrspolitik dem Allgemeinwohl dienen und Randgruppenprivilegien und randgruppenbedingte Fehlentwicklungen berichtigen und heilen.

Zur Lösung der Probleme – unsere Vorschläge auf streng rechtsstaatlicher und demokratischer Grundlage lauten:

1. Wegfall aller sinnlosen und sozial unverträglichen Schikanen gegen den Kraftfahrzeugverkehr!
2. Entflechtung des Rad- und Fußgängerverkehrs durch Einrichtung von Fahrradschiebezonen im Bereich von Straßenkreuzungen, Straßenquerungen, Haltestellen des öffentlichen Personenverkehrs und Grünanlagen!
3. Rückbau von überbreiten Radwegen und Durchsetzung der Straßenverkehrsordnung für alle Radfahrer!
4. Einführung eines Fahrradführerscheines ab Strafmündigkeit, amtlicher Registrierung und Kennzeichnung für alle Fahrräder!
5. Einführung einer kostenpflichtigen Umweltverträglichkeitsprüfung für Fahrräder die nicht vollständig aus erneuerbaren Rohstoffen hergestellt wurden!

Zwar bieten nicht nur die innerstädtischen Erholungsgebiete Ruhe und Entspannung, sondern Berlin hat aufgrund seiner zentralen Lage beste Anbindungsmöglichkeiten an weiter entfernte Regionen. Diese Verbindungen sollen ausgebaut und verbessert werden.

Zur Lösung der Probleme – unsere Vorschläge auf streng rechtsstaatlicher und demokratischer Grundlage lauten:

1. Überprüfung und Ausweitung der Angebote des Verkehrsverbundes Berlin-Brandenburg!
2. Erweiterung und Verdichtung des Streckennetzes des Verkehrsverbundes Berlin-Brandenburg durch Vernetzung mit anderen Verkehrsverbänden mit dem Ziel, Erholungsgebiete in Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen und Sachsen-Anhalt mit dem Zug kostengünstiger erreichen zu können!
3. Durchgehender Wiederaufbau der Fern- und Gütergleise auf der Ringbahn!
4. Intensive Prüfung für den Bau von S-Bahngleisen als Verlängerung der bestehenden S-Bahnlinien ins Brandenburger Umland!
5. Durchgehender Personenverkehr auf dem Außenring und Verknüpfung mit den kreuzenden Bahnlinien durch Kreuzungsbahnhöfe!

5.6. Berlin und sein Brandenburger Umland vernünftig entwickeln

Berlin und sein Brandenburger Umland sind infolge ideologisch motivierter Defekte der politischen Klasse in eine irrationale Konkurrenzlage gedrängt worden.

Die ideologisch motivierten Defekte haben dazu geführt, daß einerseits die von Berlin weiter entfernten brandenburgischen Gebiete durch Fortzug nach Berlin regelrecht entvölkert werden und andererseits hat die verheerende Fremdenpolitik in Berlin dazu geführt, daß viele Berliner vor den sie persönlich betreffenden schädlichen Folgen der Überfremdung ins brandenburgische Umland fliehen.

Zur Lösung der Probleme – unsere Vorschläge auf streng rechtsstaatlicher und demokratischer Grundlage lauten:

1. Keine Erweiterung von Fremdenghettos, aktive Hilfe bei der Suche nach Wohnraum in den Heimatländern!
2. Erschließung kostengünstigen Wohnraums und preiswerter Baugrundstücke für Familien, aber deutsch!
3. Verbesserung der Wohnumfelder, besonders für Familien mit Kindern!
4. Ausbau und Beschleunigung der Verkehrsverbindungen in Berlin und im Berliner Umland mit Vorrang für den schienengebundenen öffentlichen Personenverkehr!
5. Einführung einer sozial verträglichen Zeitkarte für Berufspendler!

5.7. Für eine humane Geschichtsdarstellung

Soziale Gestaltungen, politische Umstände und veränderte Arbeitsformen haben die Geschichte Berlins geprägt. Maßgebend aber waren immer die Menschen und ihre Entscheidungen.

Immer standen sie im Ringen mit sich und ihrer Umwelt. Dieses Ringen führten unsere Vorfahren nicht für sich allein, sondern für ihre Familien und für ihr Volk.

Im Wachstum der Stadt, von den ersten Siedlungen bis zur heutigen Metropole, wirkten aufeinander aufbauend Generation um Generation. Jede gab unserer Stadt ihr Gesicht. Immer mußten heftige Rückschläge verkraftet werden, waren persönliche Verluste zu beklagen. Wie in den 35 Jahren, in denen die Pest in Berlin wütete, der Zeit der alliierten kriegsverbrecherischen Flächenbombardements, die 51 Millionen Kubikmeter Schutt zurückließen oder der Teilung mit der roten Mauer.

Die Weitsicht früherer Regenten prägte entscheidend die Entwicklung Berlins. Unter Friedrich dem Großen wurde Berlin ein führendes Zentrum der europäischen Aufklärung und damit eine Stadt, die sich im europäischen Maßstab messen konnte. Architekten wie Schinkel und Schlüter verdanken wir den einzigartig eleganten Aufriß der Innenstadt.

Zur Lösung der Probleme – unsere Vorschläge auf streng rechtsstaatlicher und demokratischer Grundlage lauten:

1. dem Erhalt der historischen Bausubstanz ist größte Bedeutung beizumessen, einschließlich der Industriedenkmäler als Zeugnisse der wirtschaftlichen Bedeutung!
2. Historischer Bestand darf nicht durch ungeeignete Umfeldbebauung seinen Charakter verlieren!
3. Konsequente Anwendung des Baurechts zur Verhinderung von Vorhaben, die das Landschaftsbild Berlins entfremden!
4. Einführung sinnvoller und sachlicher touristische Leitsysteme, die historische Ereignisse und Gebäude benennen!
5. Zahlung einer Ehrenrente für alle Beteiligten am Wiederaufbau des im Zweiten Weltkrieg zerstörten Berlin!

Es ist ein großes Erbe, das wir übernommen haben und mit ihm die Verpflichtung, es zu erhalten und zu gestalten. Heute stehen wir als Bindeglied der Geschichte, als Mittler zwischen gestern und morgen. Denn stärker noch als die Verpflichtung unserer großen Vergangenheit gegenüber ist die Verantwortung für kommende Generationen.

Sich dieser Verantwortung zu stellen, bedeutet auch, Geschichte umfassend zu betrachten und nicht für tagespolitische oder ideologische Zwecke zu mißbrauchen.

Berlin als Metropole Preußens, als Hauptstadt des Deutschen Reiches und der Bundesrepublik Deutschland war und ist auch Zentrum der politischen Macht. Den Deutschen als ethnische Gruppe vorzuwerfen, sie hätten wegen angeblicher oder tatsächlicher politischer Fehlentscheidungen eine besondere historische Verantwortung, ist eine rassistische Diffamierung, die geächtet werden muß.

Zur Lösung der Probleme – unsere Vorschläge auf streng rechtsstaatlicher und demokratischer Grundlage lauten:

1. Rückbau von Bauten mit antideutscher Symbolik und Verweigerung von Baugenehmigungen für Bauten mit antideutscher rassistischer Ausrichtung, Entfernung der sogenannten Stolpersteine und Sammlung dieser als Grundstock für ein Mahnmal gegen den antideutschen Rassismus!
2. Bau eines zentralen Denkmals für die Gefallenen der deutschen Streitkräfte, die Opfer der Vertreibung, der Besatzungsherrschaft und des Bombenterrors!
3. Aufstellung der eingelagerten Statuen preußischer Regenten auf der Straße des 17. Juni!
4. Umbenennung von öffentlichen Straßen und Plätzen, die nach kommunistischen Zuchthäusler*innen, kommunistischen Prostituierten*innen oder alliierten Besatzungsverbrechern benannt worden sind!
5. Streichung von alliierten Besatzungsverbrechern aus der Liste der Ehrenbürger von Berlin!

Gleich einem Förster, der Bäume pflanzt, deren vollendetes Wachstum er nicht erlebt oder einem Bauern, der das Land für seine Enkel kultiviert, haben wir den Auftrag, Geschichte zu schreiben, bevor auch wir ein Teil von ihr werden.

„Die Vergangenheit strömt in hundert Wellen in uns fort“, schrieb Nietzsche, der 1865 Berlin besuchte. Unser deutsches Erbe und unseren Auftrag lernen wir nur kennen, wenn wir auch unsere Geschichte kennen, die jedem Deutschen gehört: war doch jeder Große, jeder Held der Vergangenheit auch der Vorfahre aller lebenden Deutschen!

Zur Lösung der Probleme – unsere Vorschläge auf streng rechtsstaatlicher und demokratischer Grundlage lauten:

1. Schluß mit der Schuldenpolitik zu Lasten kommender Generationen!
2. Zukunftsorientiertes Handeln in allen Bereichen des öffentlichen Lebens!
3. Nachhaltiger freier Geschichtsunterricht an Berliner Schulen, welcher nicht durch die Propaganda der alliierten Besatzer und linksextremistischen Halluzinationen bestimmt wird!
4. Die deutsche Geschichte darf nicht zu politischen oder ideologischen Zwecken mißbraucht werden!

5. Die deutsche Geschichte ist die Geschichte des deutschen Volkes und kein Sammelsurium für antideutsche Propaganda und linksextremistische Halluzinationen!

5.8. Umweltschutz ist Lebensschutz

Ein Merkmal der linksextremistischen besonders libertarianistischen Ideologie ist die Lösung des Menschen von der Natur. Diese libertarianistische Vorstellung ist ein Dogma, das weitreichende Folgen nach sich zieht. Wir Nationaldemokraten dagegen vertreten die Theorie vom „Lebensrichtigen Menschenbild“. Danach sollen alle Erkenntnisse der Wissenschaften über den Menschen als Grundlage rationaler politischer Entscheidungen dienen und nicht Dogmen mit ihren irrationalen Folgen.

Der Mensch soll in seinem Verhalten, seinen Bedürfnissen, in seinem ganzen Wesen richtig erfaßt werden. Er soll in seiner Umwelt eingeordnet werden können, und er soll dann die Umwelt als Mitwelt begreifen können. Umweltschutz und ein entsprechendes Bewußtsein fangen also beim Menschen in seinen Gemeinschaften und ihrer Kultur an. Wer also die Umwelt schützen will, aber die Völker nicht erhalten möchte, leugnet die Realität.

Berlin ist eine naturgrüne Stadt. Stadtförste und Parkanlagen bieten Erholung und Entspannung und verdienen somit besonderen Schutz. Damit sich dort jedermann wohlfühlen kann, fordern wir die Schaffung weitläufiger Hundenauslaufgebiete und zweckbestimmte Verwendung der Hundesteuer. Die „naturgrüne Lunge“ unserer Stadt verdient besonderen Schutz:

Zur Lösung der Probleme – unsere Vorschläge auf streng rechtsstaatlicher und demokratischer Grundlage lauten:

1. Lärmschutz und Minderung der Abgasemission durch ein Überflugverbot für die zivile Luftfahrt!
2. Entwicklung neuer Verkehrskonzepte unter verstärkter Einbeziehung der Berliner Wasserstraßen!
3. Verbesserung des P+R Konzeptes zur Minderung der Verkehrsbelastung!
4. Ausbau und Verdichtung des schienengebundenen öffentlichen Personenverkehrs!
5. Ökologische und fußgängergerechte Umgestaltung des Radverkehrs!

Das Umweltbewußtsein in Deutschland hat sich in den letzten Jahren positiv entwickelt. Wir Nationaldemokraten meinen, daß mehr möglich wäre, wenn die Bedeutung der Umwelt und die Notwendigkeit ihres Schutzes einer breiteren Öffentlichkeit bewußter wäre.

Zur Lösung der Probleme – unsere Vorschläge auf streng rechtsstaatlicher und demokratischer Grundlage lauten:

1. Förderung der ehrenamtlichen Tätigkeit im Umweltschutz!
2. Einführung eines „Umweltpasses“ für Behörden und Firmen mit dem Ziel, umweltgerechtes Verhalten öffentlich zu fördern!
3. Auszeichnung und Förderung von Betrieben, die besondere Umweltstandards verwirklichen!

4. Erarbeitung einer Konzeption „Saubere Stadt“ zur Verbesserung des Erscheinungsbildes unserer Stadt!
5. Anlaßbezogene Kampagnen zur Stärkung des Umweltbewußtseins!

Umweltschutz ist Lebensschutz, Lebensschutz beinhaltet auch eine gesunde persönliche Lebensweise, die abhängig ist von entsprechendem Wissen.

Zur Lösung der Probleme – unsere Vorschläge auf streng rechtsstaatlicher und demokratischer Grundlage lauten:

1. Förderung von Kursen über gesundheitsbewußte Ernährung und Einführung eines entsprechenden Unterrichtsfaches an den Berliner Schulen!
2. Förderung des Angebotes an Sporttherapie und Sportkursen!
3. Erweiterung der Lehrplaninhalte aller Bildungsträger um den Bereich Umweltschutz!
4. Förderung des Angebotes alternativer Heilmethoden!
5. Förderung von Drogen- und Raucherentwöhnungskursen!

Der Staat muß seiner Pflicht gegenüber seinen Bürgern nachkommen. Er muß den Einzelnen schützen und vor Schaden bewahren. Dafür zahlen die Bürger Abgaben. Deswegen sind Forderungen, den schützenden Staatsapparat zu zerstören, inhuman.

Zur Lösung der Probleme – unsere Vorschläge auf streng rechtsstaatlicher und demokratischer Grundlage lauten:

1. Bereitstellung von Mitteln zur Ausweitung der Kontrolltätigkeit der Ordnungs- und Gewerbeaufsichtsämter!
2. Bereitstellung von Polizeischutz bei Kontrolltätigkeiten in Firmen von behördenbekanntem aggressiven Betreibern mit und ohne Migrationshintergrund!
3. Strengere Kontrolle der Lebensmittelkennzeichnung und besondere Kontrolle der Schulspeisung!
4. Verstärkte Kontrolle in Betrieben mit Tierhaltung, wie Schausteller, Tierzüchter und Zoohandlungen!
5. Verbot des betäubungslosen Schächtens und des Verkaufs des Fleisches barbarisch getöteter Tiere als halal oder kosher!

5.9. Unsere Vision: Ein Bundesland Brandenburg-Preußen

Berlin und Brandenburg gehören zusammen. Die Trennung der beiden Bundesländer ist ein Folgeschaden der verbrecherischen alliierten Besatzung. Allein die geographische Lage Berlins inmitten von Brandenburg und die Problematik der Berliner Umlandgemeinden, des sogenannten Speckgürtels, lassen eine Zusammenlegung beider Länder kaum vermeidbar machen.

Die notwendige Vereinigung sollte jedoch keinesfalls unter dem gänzlich künstlichen Namen „Berlin-Brandenburg“ erfolgen, denn historisch war Berlin immer Bestandteil Brandenburgs. Vielmehr sollte die anstehende Fusion und die ebenfalls angestrebte Neugliederung des Bundesgebietes zu einer Neubegründung des Landes Brandenburg-Preußen genutzt werden.

Der Begriff Preußen steht auch für die preußischen Tugenden, für wahre Humanität. Preußen ist ein Synonym für Fleiß, Genügsamkeit, Sparsamkeit, Wehrhaftigkeit, Wagemut, Geistesfreiheit, Wahrhaftigkeit, Anständigkeit, Pflichterfüllung, Verlässlichkeit, Recht und Ordnung. Es sind dies genau die Werte, die besondere Form der Humanität, die wir in Berlin und ganz Deutschland brauchen, um die verheerenden Schäden der unmenschlichen marxistischen und liberalistischen Ideologien zu beseitigen und dem deutschen Volk eine humane Zukunft zu sichern.

Brandenburg war eines der ursprünglich sieben Kurfürstentümer des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation und damit ein Land von herausragender Bedeutung. Die Bezeichnung Brandenburg sollte daher erhalten bleiben.

Zur Lösung der Probleme – unsere Vorschläge auf streng rechtsstaatlicher und demokratischer Grundlage lauten:

1. Aufklärung der Berliner und Brandenburger über ihre gemeinsame Geschichte!
2. Aufklärung der Berliner und Brandenburger über ihre gemeinsamen Interessen!
3. Aufklärung der Berliner und Brandenburger über die Vor- und Nachteile eines Bundeslandes Brandenburg-Preußen!
4. Einsetzung eines gemeinsamen Ausschusses des Berliner Abgeordnetenhauses und des Brandenburger Landtages zur Vorbereitung der Vereinigung beider Bundesländer!
5. Volksabstimmung zur Länderfusion zwischen Berlin und Brandenburg unter dem Namen „Brandenburg-Preußen“!

6. Solidargemeinschaft für Berlin

Der Mensch ist ein Gemeinschaftswesen. Soziale Gruppen wie die eigene Familie und das eigene Volk bieten dem Einzelmenschen Geborgenheit und Sicherheit durch seine Mitmenschen. Je ähnlicher die Mitmenschen dem Einzelmenschen sind, je verwandter sie nach Herkunft, Sprache, Kultur, Mentalität und Erfahrung sind, desto größer das Gefühl der Geborgenheit und Sicherheit.

Gemeinschaften sind nicht konstruiert, sondern gewachsen. Sozial bedeutet nichts anderes als gemeinschaftlich. Ein Sozialstaat kann nur bestehen, wenn ihn eine Gemeinschaft trägt. Diese grundlegende menschliche Tatsache lehnen alle Blockparteien von den LINKEN bis zur AfD aus ideologischen Gründen ab, obgleich sie den Begriff „sozial“ inflationär verwenden.

6.1. Kinder sichern die Zukunft unseres Volkes

Die kleinste aber wichtigste Gemeinschaft des Volkes ist die Familie. Sie ist die Grundlage für das Gemeinwesen und Garant der Zukunftsfähigkeit eines Volkes. Ihr hat die besondere Aufmerksamkeit der staatlichen Sozialpolitik zu gehören. Kinder sind nicht nur zukünftige Unternehmer oder Arbeitnehmer, sondern ein Glied in der Kette der kulturellen und sozialen Überlieferung. Die Geborgenheit der Familie ist durch nichts zu ersetzen. Keine Ganztagsverwahrung wird den Kindern die Erfahrungen und Kenntnisse vermitteln, die das Elternhaus bereithält. Vielen politischen

Überlegungen muß die Familie zugrunde liegen. Die gemeinschaftsdienliche Leistung der Erziehungsarbeit der Eltern ist moralisch und finanziell zu honorieren.

Der verstärkt zu beobachtende Fortzug von deutschen Familien aus Berlin in das Brandenburger Umland hat seine Ursachen in der Überfremdung und der damit oftmals verbundenen Verwahrlosung vieler Bezirke sowie in der zunehmenden Lebens- und Kinderfeindlichkeit der politischen Klasse von Linkspartei bis AfD. Dem muß Einhalt geboten werden.

Phrasen von Kinderfreundlichkeit und von der Stärkung der Familie geistern, abgesehen von lavierenden Blockparteivertretern, durch die Öffentlichkeit. Sie können aber nicht verschleiern, daß hinter alledem nur ein kapitalistisches Kalkül steht: Soviel Menschen so billig wie möglich als Arbeitskräfte vorrätig halten, um sie rücksichtslos auszubeuten.

Zur Lösung der Probleme – unsere Vorschläge auf streng rechtsstaatlicher und demokratischer Grundlage lauten:

1. Bereitstellung von kostengünstigen Wohnungen in landeseigenen Immobilien für deutsche Familien!
2. Schaffung von familienfreundlichen Wohnumfeldern!
3. Einführung eines zinslosen Berliner Ehestandsdarlehens, dessen Tilgung sich mit jedem Kind verringert!
4. kostenlose Kindergartenplätze für Deutsche!
5. € 500 Kindergeld für jedes deutsche Kind!

6.2. Solidarität ist keine Einbahnstraße

Der einzelne Mensch und menschliche Gruppen sind kein sich ausschließender Gegensatz, sondern Teile eines höheren Ganzen, eines bewußten sozialen Gefüges, der Volksgemeinschaft.

Eine Volksgemeinschaft funktioniert nur, wenn eine Mehrheit von Einzelmenschen den frei gebildeten und bewußten Willen besitzt, als Volksgemeinschaft zu leben.

Einzelmensch und menschliche Gemeinschaften bedingen sich beide. Der Einzelne muß sich in seiner Gemeinschaft selbst wiederfinden, so wie die Gemeinschaft den Einzelnen als wertvollen Bestandteil unbedingt benötigt. Er kann seine Freiheit nur innerhalb der Freiheit des Ganzen finden. Ist die menschliche Gemeinschaft unfrei, dann ist auch der Einzelmensch unfrei.

Jeder Einzelmensch muß seine Interessen mit den Interessen der anderen Menschen in Einklang bringen. Er ist für sein Wohlergehen auf andere Menschen angewiesen. Er ist ein Teil des großen menschlichen Gebens und Nehmens. Ein vernünftiges soziales Verhalten wird mit dem Begriff „Solidarität“ bezeichnet. Das geflügelte Wort „Einer für alle – alle für Einen“ umschreibt das solidarische Prinzip.

Zur Lösung der Probleme – unsere Vorschläge auf streng rechtsstaatlicher und demokratischer Grundlage lauten:

1. Einrichtung von Nachbarschaftszentren, welche unterstützen, helfen, koordinieren und verbinden!
2. Förderung von Bürgerprojekten, die gemeinschaftlich etwas gestalten!

3. Belebung des Gemeinschaftserlebnisses, ob durch kulturelle Feier, ob durch Fest oder durch einen Ausflug. Das Erleben von Gemeinschaft muß gefördert werden!
4. Einführung von Gemeinschaftstagen, an denen Bürgerprojekte angeschoben und stadtweit koordiniert werden!
5. Schaffung von Sozialfonds für bedürftige Deutsche, in die jeder Berliner projektbezogen einzahlen kann!

6.3. Bildung vom Kindergarten bis zur Hochschule

Der Mensch lernt, solange er lebt. In einer Gemeinschaft darf aber nicht aneinander vorbei gelernt werden, sondern muß gemeinsam Erfahrung und Wissen gesammelt werden, um es weiterzuentwickeln und weitergeben zu können.

Die Umsetzung dieses Lernprozesses obliegt neben den Elternhäusern und Familien als bestimmende Aufgabe den Bildungs- und Erziehungseinrichtungen des Staates. Die Wissensvermittlung beinhaltet unsere Überlieferung, unsere Werte und unsere Kultur.

Das Begreifen und Erleben ist entscheidender als das dumpfe Auswendiglernen von „political correctness“, Feminismus, Genderismus, Homosexismus und Historienhalluzinationen. Deswegen muß unser kaputtes Bildungssystem von diesen Ideologien befreit und dadurch revolutionär verändert werden.

Irrationale Lehrpläne, absurde Erziehungsideologien, abscheuliche Menschenversuche wie die sogenannte Inklusion, Genderzwang, institutionalisierte Antideutschtümelei und ein gleichgeschaltetes Schulsystem haben ganze Generationen entbildet und zu leicht steuerbaren Objekten linksextremistischer Ideologen gemacht. Über zwanzig sogenannte „Schulreformen“ haben eine Bildungskatastrophe bewirkt, welche Berlin ans Ende der PISA-Wertung führte und massive Auswirkung auf die kommenden Generationen haben wird.

Auch der rotrotgrüne Senat, wie vor ihm der rotschwarze Senat und davor der rote Senat, verschärft die Bildungskatastrophe, weil keine revolutionäre Schulreform durchgeführt wird, sondern der faulende hirntote Schulleichnam sinnlos mit öffentlichen Finanzmitteln gefüttert wird.

Nicht die Gemeinschaft und ihre Überlieferungen stehen im Mittelpunkt, nicht Disziplin und Ordnung, nicht Lernen und Begreifen prägen den Alltag unserer Kinder, sondern multikulturelle Verwahranstalten in denen sie von Fremden gemobbt und kriminell drangsaliert werden. Wer es sich leisten kann schickt seine Kinder auf Privatschulen. Hier zeigt sich, wie durch multikulturellen Terror kapitalistisches Handeln begründet und begünstigt wird. Die Not von Menschen wird schamlos ausgebeutet.

Die NPD setzt dem rotrotgrün-schwarzgelbblauen Verwahrsystem grundsätzlich das Konzept des dreigliedrigen Schulsystems entgegen, in dem Kinder entsprechend ihrer Begabung gefördert werden.

Als Sofortmaßnahme zur Wiederherstellung der freien Schulwahl durch die Eltern muß das Schulgesetz neu gefaßt werden, damit Eltern von der antideutschen Obrigkeit nicht mehr gezwungen werden können, ihre Kinder in multikulturelle Verwahranstalten einzusperren. Der Senat muß gesetzlich verpflichtet werden freie Schulen zu fördern.

Zur Lösung der Probleme – unsere Vorschläge auf streng rechtsstaatlicher und demokratischer Grundlage lauten:

1. Trennung von Deutschen und Fremden in Hort und Schule. Das Bildungsproblem ist vor allem ein Fremdenproblem. Die Integration der Fremden ist gescheitert und wird aus sachlichen Gründen auch in Zukunft scheitern!
2. Gesetzliches Verbot von Inklusion und Genderzwang!
3. Freies Wahlrecht der Eltern für Schulen freier Träger. Abschaffung aller multikulturellen Verwahranstalten. Lernen statt verwahren. Freude statt Mobbing und Kriminalität!
4. Kostenlose Schul- und Hochschulausbildung!
5. Ganzheitlichkeit in der Bildung: Sport, Heimat-, Volks- und Ernährungskunde, Musik und Kunst sind verstärkt zu fördern, Sport muß auch an Hochschulen obligatorisch werden!

6.4. Heimführung statt Parallelgesellschaften

Eine Gemeinschaft ist ein Sozialsystem, das sich durch Gemeinsamkeiten nach innen und Unterschiede nach außen bestimmen läßt. Dadurch schützt jedes Sozialsystem seinen Bestand.

Das Sozialsystem der Bundesrepublik Deutschland wird aus ideologischen und kapitalistischen Gründen von der politischen Klasse systematisch zerstört. Deutschland wird in eine antigemeinschaftliche, von kapitalistischen Oligarchen diktatorisch drangsalierte, multikulturelle und fragmentierte totalitäre Gesellschaft mutiert.

Wenn wir aber sozial mit gemeinschaftlich beschreiben, so müssen wir soziale Leistungen auch unseren gewachsenen Gemeinschaften zur Verfügung stellen.

Dem deutschen Volk werden Finanzmittel abgepreßt und als Transferleistungen an Fremde verschleudert. Vereinte Nationen und die Europäische Union verweigern die ständig beschworene Gemeinschaft, wenn es um die Unterbringung und Unterhaltung von Fremden geht, die ohne jede demokratische Mitbestimmung und Legitimation im Einzelfall in unser Land eindringen und ein parasitäres Sozialverhältnis begründen.

Zur Lösung der Probleme – unsere Vorschläge auf streng rechtsstaatlicher und demokratischer Grundlage lauten:

1. Ausgliederung der hier lebenden Fremden und ihrer Angehörigen im Ausland aus dem bestehenden deutschen Sozialversicherungssystem!
2. Lückenlose erkennungsdienstliche Erfassung aller Fremden und Einführung einer bundeseinheitlichen Datei von Fremden zur Verhinderung von Sozialmißbrauch und Verdunkelung von Straftaten!
3. Vollständige Entwaffnung aller Fremden und ständige Maßnahmen zur Pazifizierung durch geeignete Erziehungsmaßnahmen!
4. Ersatz des kapitalistischen Willkommenskultes durch eine demokratische Verabschiedungskultur!
5. Einrichtung einer zentralen Unterbringungseinrichtung für ganz Berlin und Brandenburg auf dem Gelände des Großflughafens BER!

6.5. Altersvorsorge und Rentensicherung

Durch jahrzehntelange Mißwirtschaft wurde unser Rentenversicherungssystem faktisch zerstört. Es wurden durch das kapitalistische multikulturelle Sozialsystem den Deutschen inhumane Lebensbedingungen auferlegt, die einen dramatischen Geburtenrückgang bewirkten.

Das kapitalistische Zwangssystem befreit uns aber nicht aus der Verantwortung, die Lebensleistung der Alten zu honorieren und damit unseren Dank zum Ausdruck zu bringen. Wir wollen aus den Erfahrungen, aus den Werten und den geschaffenen Leistungen der älteren Generation profitieren und haben die Pflicht, sie nicht aus der Gemeinschaft zu verstoßen, nur weil sie im Arbeitsprozeß nicht mehr benötigt werden. Dieser kapitalistische Verwertungsgedanke ist gemeinschaftsschädigend und menschenverachtend.

In den kommenden Jahrzehnten muß Deutschland ein Kinderland werden. Nur so werden wir den Alten einen Lebensabend in Würde gestalten können.

Zur Lösung der Probleme – unsere Vorschläge auf streng rechtsstaatlicher und demokratischer Grundlage lauten:

1. Jeder deutsche Steuerzahler erhält nach einer festzusetzenden durchschnittlichen Lebensarbeitszeit eine staatlich garantierte Grundrente von monatlich 1.250 Euro, mit der die Grundbedürfnisse abgedeckt werden können. Natürlich hat jeder das Recht sich darüber hinaus privat zu versichern!
2. Kapitalistische Altersarmut muß durch strukturelle Maßnahmen wie eine Globalisierungsabgabe bekämpft werden!
3. Die Grundrente erhöht sich in Zukunft für jedes neugeborene Kind um 300 Euro monatlich. Die Grundrente und Kinderzuschläge werden regelmäßig an die Inflationsrate angepaßt
4. Der Erziehungsurlaub für jedes neugeborene Kind wird auf fünf Jahre ausgedehnt und auf die durchschnittliche Lebensarbeitszeit angerechnet!
5. Wohnungsmarktpolitische Maßnahmen sind durchzuführen, die ein Zusammenleben der Generationen ermöglichen!

6.6. Sicherheit durch Recht und Ordnung

Der islamistische und linksextremistische Terrorismus und die ausufernde Gewaltkriminalität in Berlin schaden allen Menschen in der Stadt. Die politische Klasse der ROTROTGRÜNEN*innen nährt dieses Verbrecherparadies ideologisch begründet und ist damit politisch verantwortlich.

Terror, Gewalt und andere Verbrechen bewirken ein beständiges Gefühl dauernder und lauernder Bedrohung. In einer solchen Lage wird sich kein Vertrauen in die Sicherheit der Stadt aufbauen und es können keine notwendigen sozialen Strukturen beständig wachsen.

Berlin muß wieder eine wirklich sichere Stadt werden! Diese Sicherheit ist die unerläßliche Voraussetzung um in einer Atmosphäre der Geborgenheit an die besonders dringlichen sozialen, wirtschaftlichen, finanziellen, verkehrsbedingten und ökologischen Probleme der Stadt zielgerichtet herangehen zu können.

Zur Lösung der Probleme – unsere Vorschläge auf streng rechtsstaatlicher und demokratischer Grundlage lauten:

1. Ausschöpfung des Strafrahmens für alle Bereiche der Kriminalität; auch Vergehen im Bereich von Politik und Wirtschaft wie Korruption sind konsequent zu bestrafen!
2. Konsequente Ausweisung aller kriminellen Fremden nach Verbüßung ihrer Strafe!
3. Einen größeren Handlungsspielraum und weniger bürokratische Hürden für die Polizei!
4. Die Berliner Polizei muß eine echte Volkspolizei werden: Statt einer Reaktionspolizei brauchen wir eine Präsenzpolizei, gegliedert in 12 Bezirke mit 78 Revieren. Die Polizei muß für die Verbrechensbekämpfung mit der modernsten Technik ausgestattet werden!
5. Einführung von ständigen Fußstreifen in kriminalitätsbelasteten Gebieten!

6.7. Mehr demokratische Mitwirkungsmöglichkeiten für Bürger

Der Mensch kann sich nur als Teil einer Gemeinschaft begreifen, wenn er die Möglichkeit zur Mitgestaltung erhält. Dies geschieht auf dem Wege der Arbeit ebenso wie im politischen und kulturellen Leben. Er darf nicht das Gefühl haben, von einer Politikerkaste ohne Mitwirkungsmöglichkeit reguliert zu werden. Der Mensch benötigt die Gewissheit, daß sich um seine Belange wirklich gekümmert wird.

Zur Lösung der Probleme – unsere Vorschläge auf streng rechtsstaatlicher und demokratischer Grundlage lauten:

1. Alle Deutschen erhalten das Recht, an politischen Entscheidungen über Migration unmittelbar durch rechtzeitige und ausführliche Information eingebunden zu werden!
2. Alle Deutschen erhalten das Recht, der Einquartierung von Fremden in ihrem Ortsteil mit aufschiebender Wirkung zu widersprechen!
3. Die Ausländerbehörde ist verpflichtet, einmal im Jahr die betroffenen Deutschen über jeden Einzelfall eines Fremden demokratisch abstimmen zu lassen der in seinem Ortsteil Aufenthalt begehrt!
4. Alle Deutschen haben das Recht, einen Fremden, der eine Straftat an ihnen verübt hat, durch ein Heimreisebegehren unverzüglich ausweisen zu lassen!
5. Fremde, deren Aufenthalt von einem Deutschen aus triftigem Grund abgelehnt wird, müssen Deutschland unverzüglich verlassen. Ausreisehindernisse jeder Art bestehen in diesen Fällen grundsätzlich nicht und können von den Fremden oder Dritten nicht geltend gemacht werden!

6.8. Soziale Gerechtigkeit schaffen

Staat und Bürger bedingen einander. Sie müssen gegenseitig die gleiche Solidarität aufbringen wie die Menschen eines Landes untereinander. Die Leistung, die der Bürger in Kindererziehung, Arbeit, Kultur, Bildung erbringt, muß vom Staat honoriert und im Falle sozialer Not des Betroffenen ersetzt werden. Gerechtigkeit gegenüber den Landsleuten zu üben, sollte dabei oberster Grundsatz sein. Das Wohl unserer Gemeinschaft muß im Mittelpunkt stehen.

Die Hartz-Gesetze sind weder gerecht noch sozial. Sie bestrafen Leistung und verursachen unverschuldete Not, sie verlangen bei unterschiedlicher Qualifikation gleiche Einsetzbarkeit. Sie dienen nicht den Menschen, sondern dem kapitalistischen Gesellschaftssystem, dem möglichst viele billige Arbeitskräfte geliefert werden sollen.

Zur Lösung der Probleme – unsere Vorschläge auf streng rechtsstaatlicher und demokratischer Grundlage lauten:

1. Einführung einer prozentual an das vorige Einkommen gebundenen Arbeitslosenhilfe, statt des festen Arbeitslosengeldes III!
2. Einführung einer Volksversicherung mit Versicherungspflicht für alle Deutschen!
3. Schaffung einer privaten Pflichtsozialversicherung für alle Fremden, die ausschließlich von den Fremden getragen werden darf!
4. Abschaffung der unsozialen Zuzahlung für Medikamente!
5. Einführung einer jährlich an die Inflation angepaßten Mindestrente in Höhe von € 1250!

7. Schlußbetrachtungen – Berlin schafft sich nicht ab

Die NPD ist die einzige konsequente Kraft gegen Globalismus und für eine raumnahe nachhaltige umweltfreundliche und soziale Wirtschaft! Sie ist die Partei, die sich bewußt für das Existenzrecht der Völker einsetzt und gegen die Zerstörung der Volksidentitäten kämpft, die sowohl Ab- wie auch Zuwanderung großer Teile der Arbeitnehmerschaft automatisch mit sich bringen. Haben Sie Mut zur Veränderung, damit Berlin schöner wird? Lesen Sie nicht nur die Kritik des realexistierenden kapitalistischen Gesellschaftssystems, sondern handeln Sie: Wählen Sie NPD!

Die gegenwärtige politische Konstellation, mit einem politisch nicht zukunftsfähigen rotrotgrünen Senat und einem Gemenge aus grünrot dunkelrotgelbschwarzblauen Blockparteien, die programmatisch vom realexistierenden Senat kaum zu unterscheidenden sind, haben keinen Willen für eine echte Veränderung. Um tatsächlich fundamental etwas zu verändern, müssen zunächst die politischen Machtverhältnisse geändert werden! Ins Parlament gehören neue, unverbrauchte, erfahrene Kräfte mit durchdachten Ideen und Konzepten und keine blauen Pseudorevoluzzer, die nach massenhafter Wahl sich umgehend aufspalten, weil sie sich beim Anbiedern bei den Blockparteien gegenseitig wegrempeeln!

Deswegen wählen Sie die echte Alternative für Deutschland, wählen Sie die NPD!

Soziale Gerechtigkeit schafft ein schöneres Berlin!

Unser Herz schlägt kompromißlos für Berlin!